

Bezugspreis: Vierteljahr 105.— M., monatlich 35.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. ...

MORWÖRTS

Einzelnenpreis: Die einpaaltige Kompartimentszelle kostet 15.— M. ...

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Dienstag, den 30. Mai 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Reichstagsdebatte über Genua.

Die gestrige Reichstagsitzung dauerte knapp zwei Stunden. Es sprachen nur der Reichskanzler Dr. Wirth, Genosse Hermann Müller und der Zentrumsführer Marg.

Es wurde gestern nur über Genua gesprochen, da die Regierung und die Regierungsparteien es für sehr unzweckmäßig halten, wenn auch über die Pariser Verhandlungen lang und breit geredet wird.

Der Reichskanzler sprach gestern kurz, verständlich und wirksam. Ein großer Teil der Rede fand Zustimmung auf allen Seiten des Hauses, besonders jener, in dem er darlegt, daß eine Politik, die sich von Terminen zu Terminen, vielleicht noch besser gesagt von Galgenfrist zu Galgenfrist durchwürgen muß, und über der stets das Damoklesschwert der Sanktionen hängt, dem Geist von Genua widerspricht, weil sie der Tod des wirtschaftlichen Aufbaues ist.

Längere Ausführungen widmete der Reichskanzler dem Vertrag von Rapallo, wohl weil er weiß, daß über Zeitpunkt und Art des Abschlusses auch in der Mitte und auf der Linken des Reichstags die Meinungen geteilt sind.

Der Abschluß von Rapallo hat zweifellos auch nachteilige Folgen gehabt, sie zu mildern oder ganz zu beseitigen, ist jetzt die Aufgabe. Ihr hat sich der Reichskanzler unterzogen, indem er in der feierlichsten und bestimmtesten Weise erklärte, daß zwischen Deutschland und Rußland kein wie immer geartetes politisches oder gar militärisches Geheimabkommen besteht.

In diesen Erklärungen des Reichskanzlers und unseres Redners sehen wir den eigentlichen Haupttrug der gestrigen Debatte. Wir betrachten das mit Rußland getroffene Abkommen nicht als einen Sondervertrag, sondern als einen Wustvertrag und haben keinen anderen Wunsch, als den, daß die anderen Mächte ihr Verhältnis zu Rußland auf derselben Grundlage regeln mögen.

Das russische Problem hat die zwei Seelen des Kapitalismus in Widerstreit zueinander gebracht: den

Eigentumsfanatismus und das Streben nach immer neuem Gewinn. Wenn heute der deutsche Kapitalismus das russische Zukunftsgeschäft für wichtiger hält als erworbene Rechte aus der Vorkriegszeit, so verdankt er das seiner Erziehung durch das Dokument von Versailles, das ihm so viele erworbene Rechte genommen und ihn gezwungen hat, auf neuem Boden aufbauen zu lernen.

Wenn die gestrige Debatte dazu beigetragen hat, dem Ausland solche Gedankengänge näherzubringen, dann hat sie ihren Zweck erreicht. Von den Rednern des heutigen Tages aber ist zu verlangen, daß sie wenigstens nicht wieder zu verderben suchen, was der gestrige gutgemacht hat.

Heute sind über das oberschlesische Abkommen und möglicherweise auch über die Regierungserklärung wichtige Abstimmungen zu erwarten. Die Frage, ob das oberschlesische Abkommen zur Giltigkeit einer Zweidrittelmehrheit bedarf, ist noch unstritten. Ob die Rechte mit einem Mißtrauensvotum herauskommen wird, oder ob sich die Notwendigkeit ergeben wird, einen positiven Vertrauensantrag einzubringen, ist noch ungewiß.

Der Reichstag war gestern gut besetzt. Am Regierungstische hat das gesamte Kabinett Platz genommen. Präsident Loebe eröffnete die Sitzung um 2 1/2 Uhr und erteilt sofort dem

Reichskanzler Dr. Wirth

das Wort. Der Kanzler erklärt zunächst, daß die Regierung nicht über das hinausgehen kann, was von ihren berufenen Vertretern im Auswärtigen Ausschuss über die Pariser Verhandlungen berichtet worden ist, daß es sich vielmehr heute darum handelt, zu dem Stellung zu nehmen, was historisch geworden ist.

Ich darf nun die Frage formulieren, was sollte in Genua sein, und was ist es geworden? Es ist nicht allzu schwer, die Drangsale der europäischen Völker, die Idee, die die Genua-Konferenz in sich darstellt, auszudrücken und der großen Hoffnung Ausdruck zu geben, die alle Völker, die dorthin ihre Vertreter entsandten, erfüllt hat.

Die großen wirtschaftlichen Spannungen, die die ganze Welt durchziehen, heilen sollten. Der Gedanke war lähn und erhaben. Er war vielleicht in der Atmosphäre, die heute über Europa und der Welt liegt, zu groß und zu weit gedacht, als daß er sich schon bis zum letzten Rest hätte verwirklichen können.

Eröffnet überhaupt eine europäische Krise, und was ist sie? Das ist vielleicht die verworrenste und schwerste Frage, die wir diskutieren können. Man kann große Gruppen von Fragen innerhalb der europäischen Krise scheiden. Es ist die Krise der ehemaligen Staatenverbindungen und Bündnisse, die vor dem Kriege bestanden und schließlich zum Kriege geführt haben.

Die Genua-Konferenz sollte das Instrument sein, das die großen Krisen theoretisch einmal behandeln sollte. Diese Genua-Konferenz ist in ihrem Programm so reduziert worden, daß die Völker nicht einmal mehr in offiziellen Sitzungen die Wahrheit formalisiert hören.

Die Frage, die in Genua nicht offiziell behandelt worden ist, ist u. a. auch die Reparationsfrage. Sie ist für uns die wichtigste, aber nicht allein als deutsche Frage anzusehen.

Die Reparationsfrage ist die europäische Frage. (Stürmisches „Schrriichtig!“)

Die Reparationsfrage ist, wenn auch nicht offiziell, sehr viel besprochen worden, und ich darf die Herren um Nachsicht bitten, die sich kritisch über den etwas zu langen Aufenthalt der deutschen Delegation in Genua geäußert haben.

Die Genua-Konferenz bedeutet zweifellos einen Fortschritt. Wir sind nach außen

als gleichberechtigte Macht auf der Konferenz erschienen. (Lachen rechts. — Beifall links und in der Mitte.) Warum man darüber lachen kann, ist mir unbegreiflich. (Sehr richtig links!) Was wollen Sie mit Ihrem Lachen erzielen? Ich habe Gelegenheit gehabt, mit einem Staatsmann der Alliierten die Reparationsfrage zu besprechen, und wir waren uns einig darüber, daß schon allein die Tatsache, daß dreieinhalb Jahre nach dem Waffenstillstand, nach dem unermesslichen blutigen Ringen, die Menschen einmal friedlich zusammenkamen, die Probleme der Wirtschaft und Politik gemeinsam besprachen und Brüden schlugen von Volk zu Volk, schon einen Erfolg darstellt.

Diesem Fortschritt diene auch die Arbeit der deutschen Vertreter in den Kommissionen. Es ist nicht meine Aufgabe, diese Arbeit hier im einzelnen zu würdigen. Der Herr Reichsminister der Finanzen und der Herr Reichswirtschaftsminister sind bereit, auf Wunsch diese Arbeit hier zu erläutern.

Zeit- und Richtlinien unserer Politik zu machen. Ich spreche die Hoffnung aus, daß von allen Nationen diese Leitfäden in die Tat umgesetzt werden.

Wir haben in Genua jede Gelegenheit benützt, um mit der Gegenseite zu einer verständnisvollen Zusammenarbeit zu kommen. Wir hätten zunächst nicht in allen Punkten Gelegenheit, uns an solcher Arbeit zu beteiligen. Wir waren gleichberechtigte Mitglieder auch in der ersten Kommission, der die Hauptfragen der Konferenz überwiesen wurden, und es ist uns gelungen, einen französischen Vorstoß in der Unterkommission abzuwehren, der uns die Rolle kleiner Staaten zuweisen wollte.

Die neue Union der einladenden Mächte gebildet hat, zu der wir nicht gehörten, und es hat sich weiter herausgestellt, daß ohne uns und ohne daß wir Gewähr hatten, daß auch unsere Interessen gewahrt würden, gerade die einladenden Mächte mit Rußland Verhandlungen begonnen hatten, denen wir nur mit größter Sorge entgegenzusehen konnten.

Der Rapallo-Vertrag

rief eine große Aufregung in der Welt hervor, aber ich habe den Eindruck, daß diejenigen, die sich jenseits unserer Grenzen am lautesten aufgeregt haben, den Vertrag wirklich gar nicht gelesen haben. Des selbständige Handeln Deutschlands war es, das die Bestürzung hervorrief. Dieser Vertrag ist ein ehrliches, aufrichtiges, im gewissen Sinne vorbildliches Friedenswerk. Es gibt weder Besiegte noch Sieger. Gerade deshalb ist die Aufregung unverständlich, unverständlich aber noch die Deutung dieses Vertrages als eines kriegerischen Faktors in Europa.

fasten keinerlei politische Bestimmung oder Abmachung, aus der irgendeine dritte Macht eine Gefahr oder eine Schwächung seiner Rechte herleiten kann. Vielmehr wird besonders

der Zeitpunkt des Vertragsabschlusses als eine Drohung aufgefaßt. Das ist vollkommen unzutreffend, da der Vertrag in seinen Grundzügen längst vor Genua festgestellt war; Deutschland wollte kurz vor Genua jede Sonderaktion vermeiden. In Genua fand es sich von den Verhandlungen mit Rußland ausgeschlossen, wir sind bloß einmal zu einer Sitzung einer Subkommission zugelassen worden, wo das Londoner Memorandum als Verhandlungsbasis vorgelegt wurde. Vom Dienstag bis Sonnabend in der Osterwoche waren die wiederholten Vorstellungen Deutschlands vergeblich.

Lloyd George hat in seiner großen Unterhaus-Rede den Rapallo-Vertrag einen schweren Fehler genannt. Es wird davon abhängen, von welchem europäischen Gesichtspunkt aus man den Vertrag als Fehler bezeichnet. Lloyd George hat im einzelnen ausgeführt, daß gerade die Stimmung, in die das deutsche und russische Volk versetzt worden sind, zu solch einem Schritt habe führen müssen. Hat die Stimmung zu dem Vertrag führen müssen, dann liegt der Fehlbau nicht auf unserer Seite (lebhafter Beifall), dann liegt er in dem tatsächlichen Vorgehen der Alliierten selbst. Ich kann nur wiederholen, was ich in Genua gesagt habe, daß der Rapallo-Vertrag

#### keinerlei Nebenabsichten

enthält, sondern nur den Willen zweier großer Nachbarräume regelt, die im Frieden und Arbeit des gegenseitigen Wiederaufbaus zusammenleben wollen und zu diesem Zweck einen Strich unter die Vergangenheit machen wollen. Es handelt sich um einen Friedensvertrag zwischen zwei Völkern, denen es immer gut gegangen ist, solange sie sich verstanden haben. (Lebhafte Zustimmung.) Das bedeutet aber auch eine Brücke zwischen Ost und West in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung zum Wohle beider Staaten, und es ist interessant, daß der Rapallo-Vertrag bei den Arbeitern der ganzen Welt als erstes wahres Friedenswerk nach der großen Katastrophe anerkannt und gewürdigt worden ist. Der Vertrag bedeutet aber auch eine Richtschnur in die inneren parteipolitischen und sozialen Verhältnisse eines anderen Landes. Lloyd George hat die Nachrichten, die über ein gemeinsames Militärabkommen, das neben dem Rapallo-Vertrag bestehen soll, in Umlauf fand, in das Reich der Fabel verwandelt, und ich erkläre nochmals lehrlich, daß der Vertrag gar keinen geheimen Zusatz enthält und damit auch kein militärisches Abkommen. Jede anderslautende Behauptung ist eine böswillige Verleumdung, die dem ersten Friedenswert, das in Europa überhaupt abgeschlossen ist, Schwierigkeiten bereitet. (Lebhafte Zustimmung.) Wir beabsichtigen, den ganzen Vertrag dem Hause zur Diskussion im Rahmen der verfassungsmäßigen Notwendigkeit demnächst mit der Bitte um Genehmigung vorzulegen.

In Genua ist ein Problem, das auch im Rapallo-Vertrag berührt ist, das gesamte Verhältnis zum Osten zu regeln, nicht zum Abschluß gekommen, nicht durch unsere Schuld, sondern wir mußten nach dem Willen der Alliierten absteigen stehen, nachdem wir mit Rußland in ein geordnetes Verhältnis gekommen waren. Wir haben wiederholt konstatiert können, daß sowohl Rußland wie die Westmächte unsere Vermittlung, in der wir sozusagen hineingewachsen sind, dankbar anerkannt haben.

#### Wir haben versucht, eine Brücke zu schlagen

zwischen der westlichen und der östlichen Auffassung. Das Werk ist nicht zum Abschluß gekommen, es wird fortgesetzt durch eine Tagung der Sachverständigen im Haag. Wenn es gewünscht wird, aber nur wenn es gewünscht wird, sind wir bereit, unsere Vermittlerrolle weiter ehrlich und aufrichtig zu spielen. Alle, die es sehen wollten, konnten schon in Genua feststellen, daß es uns ernst ist, uns mit den anderen Nationen zu verständigen, und auch einer Verständigung anderer Staaten untereinander zu dienen, wenn wir dazu aufgerufen werden sollten.

Neben der Russenfrage sind, wenn auch nur andeutungsweise, auch andere Fragen zur Diskussion gestellt worden.

#### Der Gedanke des Gottesfriedens

hat leider keine Gestalt angenommen. In dem Sinne, wie sie vorgeschlagen war, würde die Treuga Dei eine sehr schmerzliche Sache für das deutsche Volk gewesen sein. Kann man ganz Europa und allen Völkern den Frieden geben, das deutsche Volk aber einer Sanktionspolitik aussetzen? (Lebhafte Zustimmung.) Ist dies der Gottesfriede, der diesem unglücklichen Erdteil wieder neue Wohlfahrt und neues Leben zuführen soll? Der Gedanke ist wieder in den Hintergrund getreten, die Welt war noch nicht reif für den Gedanken, daß ein wirtschaftlicher Wiederaufbau Europas mit Gewalt nicht möglich ist. Die zustandegemachte Treuga Dei in keiner Form ist wenigstens ein kleiner Schritt

vornwärts auf dem Wege zur Befriedigung Europas. Wir wollen dazu heißen, diesem Gedanken festere Gestalt zu geben, aber dann muß in der Reparationsfrage, die mit der Sanktionsfrage eng zusammenhängt, von der unglückseligen Politik auf Termine Abstand genommen werden. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Eine Politik auf Termin und dahinter die Drohung mit brutaler Gewalt ist der Tod jeder Treuga Dei. (Neue lebhaftere Zustimmung.) Die Erregung, die angesichts des 31. Mai das deutsche Volk ergriff und die vielleicht eine künstlich gewollte Wache gewesen ist (Sehr richtig!), kann als überwunden angesehen werden.

Jetzt handelt es sich darum, nicht allein über den 31. Mai hinwegzugeschreiten, sondern die großen Ziele der europäischen Politik mit den Verhandlungen zu verbinden, die in Paris zurzeit geführt werden. Wie es gelang, die Schwierigkeiten der Genua-Konferenz zu überwinden, so müssen auch die nächsten Wochen überwunden werden, und am Ende muß eine Regelung stehen, die für das Volk überhaupt das Leben ermöglicht.

#### Die Sanktionspolitik fortzuführen heißt den Geist von Genua verneinen und den Geist der Zerstörung bejahen.

Die Ergebnisse der Konferenz sind nicht allzu zahlreich und in den Abjungen klein und bescheiden. Aber in der großen Katastrophe ist auch ein kleiner Schritt vorwärts bedeutsam. So bitten wir Sie nun, den Vertrag von Rapallo als einen Friedensvertrag zu würdigen und unsere Fühlungnahme mit den leitenden Staatsmännern der Welt, mit Publizisten und Politikern aller Nationen, ebenfalls als einen Fortschritt zu würdigen. So bitten wir Sie ferner, in das Reich des Fortschritts auch den kleinen Schritt einzuweichen zu wollen, den wir durch unsere Arbeit getan haben, die darauf gerichtet war, den Osten und Westen einander näherzubringen, und schließlich bitten wir, unsere Politik zu unterstützen, damit die Hoffnung auf Befriedigung Europas sich erfüllen kann und damit auch die Hoffnung auf einen wirklichen Frieden des deutschen Volkes. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.)

#### Abg. Hermann Müller-Franken (Soz.):

Im englischen Parlament hat der Sprecher der englischen Arbeiterpartei die Wurzel des Übels, das einen besseren Erfolg in Genua verhinderte, bloßgelegt, indem er darauf hinwies, daß das mangelhafte Ergebnis daher rühre, daß die Reparationsfrage von der Behandlung ausgeschlossen wurde. Er hat auch mit erfreulicher Deutlichkeit ausgesprochen, daß die Wurzel unseres Übels im Versailler Vertrag zu suchen ist, den er vor wenigen Wochen als Kriegsvertrag charakterisierte. Unsere Hoffnungen auf Genua waren von vornherein sehr niedrig gestimmt, weil das Thema außerordentlich beschränkt worden ist. Nur der Beharrlichkeit von Lloyd George ist es zu danken, daß die Konferenz überhaupt durchgeführt werden konnte. Die Konferenz hat ebenso wie die von Washington gezeigt, daß die französische Regierung, geführt auf die Kommer des nationalen Blods, das Haupthindernis zur Befriedigung europäischer Verhältnisse ist. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir Sozialisten haben die Pflicht, das offen auszusprechen, um so mehr, weil wir immer dafür eingetreten sind, daß ein Akkord zwischen dem französischen und deutschen Volke zustande gebracht wird, der Europa vor neuen Katastrophen verschont. Vorläufig aber hat der Geist des Militarismus in Frankreich noch die Vorherrschaft. (Hört! hört! bei den Soz. und rechts.) Wir bedauern das, wie es sich in Genua auch wieder gezeigt hat, abschließliche Verleihen der Deutschen, diese Provoaktion eines wehrlosen Volkes, die im Grunde genommen den Nationalismus in Deutschland stärkt. (Lebhafte Zustimmung links.) Ich habe aber die Ueberzeugung, daß

#### die neutrale Welt

den Unterschied zu werten weiß, der zwischen einer Politik, die den Haß aus der Kriegszeit in die Friedenszeit übernimmt und tenebrische Politik, die bestrebt ist, am materiellen und moralischen Wiederaufbau Europas zu arbeiten, besteht.

Die Beschränkung der Tagesordnung der Genuaer Konferenz machte es unmöglich, praktische Resultate nach Hause zu bringen. Aber die Fühlungnahme mit den Staatsmännern anderer Länder ist doch für uns außerordentlich wichtig gewesen. Auch in den Kommissionen ist brauchbare Arbeit geleistet worden, die uns Deutschen allerdings keine neue Erkenntnis gebracht hat, weil wir die dort zutage tretenden Auffassungen seit dem Versailler Friedensvertrag schon unzählige Male den verschiedensten politischen und Finanzkonferenzen der Welt vorgelegt haben. Es wird die Hauptsache sein, daß diese Beschlüsse der Kommissionen sich praktisch auswirken, besonders in den Verhandlungen, die augenblicklich in Paris geführt werden. Es wird wirklich Zeit, daß bei diesen Verhandlungen

gen die notwendige Rücksicht auf die Länder mit passiver Handelsbilanz genommen wird, wenn nicht Verhältnisse wie in Oesterreich und Rußland in Deutschland Platz greifen sollen. Wir wissen, daß es außerordentlich schwer halten wird,

unsere schwebende Schuld von 280 Papiermillarden zu stoppen, aber wir müssen auf diesem Gebiete leisten, was wir überhaupt leisten können. Nur dann werden wir das Vertrauen der großen internationalen Finanzwelt erwerben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn aber einem Volke Lasten auferlegt werden, die seine Kraft übersteigen, dann wird seine Leistungsfähigkeit gehemmt, sie wird aber gesteigert, wenn sich diesem Volke ein Ausweg der Rettung zeigt. (Allseitige lebhaftere Zustimmung.) Diese Binsenwahrheiten möchten endlich bei den internationalen Finanzverhandlungen in Paris ihre Berücksichtigung finden. Man sollte einsehen, daß aus einem Volke, das keinen Kredit mehr findet, auch mit dem Säbel kein Gold herauszuschlagen ist. (Erneute lebhaftere Zustimmung.)

Der Vertrag von Rapallo hat in der Welt das größte Aufsehen erregt, aber er hatte seine Ursache nicht zuletzt darin, daß zeitweilig in Genua selbst gegen den Geist von Genua verstoßen worden ist. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Verhandlungsmethode der Entente mußte die Tendenz in sich tragen, zwei Länder zusammenzuführen, die sich von einer gemeinsamen Gefahr bedroht glaubten. (Sehr richtig!) Die breiten Massen in Deutschland haben diesen Vertrag so freudig aufgenommen, weil sie ganz instinktiv fühlten: Hier ist ein wirklicher Friedensvertrag abgeschlossen worden. (Sehr richtig! bei den Soz.) In diesem Vertrag steckt nichts von den Verträgen von Brest-Litowsk, von Versailles und Saint Germain, und das ist es gewesen, das ihm die Sympathien der breiten Massen der beiden Völker eintrug. Wenn Staatsmänner anderer Länder einen Vertrag im selben Geiste abschließen, so werden die Völker der ganzen Welt ihn mit derselben Sympathie begrüßen, wie das deutsche und das russische Volk den Vertrag von Rapallo. (Sehr richtig! bei den Soz.)

#### Die Entente-Staatsmänner brauchen nur hinzugehen und das gleiche zu tun.

Wir haben das größte Interesse daran, daß Rußland auch mit anderen Staaten zu ähnlichen Verträgen kommt, denn der russische Wiederaufbau kann nicht allein mit deutscher Arbeit bewerkstelligt werden. Lloyd George hat immer wieder darauf hingewiesen, daß die Gesundung Europas so lange nicht kommen wird, solange das Hundertmillionenvolk der Russen nicht wieder als Produzent erscheint. Hätten die Ententestaaten in den letzten beiden Jahren gegenüber Rußland die Politik getrieben, die wir im November 1918 begannen, indem wir es ablehnten, uns an der Blockierung Rußlands zu beteiligen, so hätte der Wiederaufbau der Welt schon größere Fortschritte gemacht. Hoffentlich kommt man im Haag zu der von uns empfohlenen Kursänderung.

Gegen den Vertrag von Rapallo haben wir nichts einzuwenden. Ich möchte in diesem Zusammenhang vor allem sagen, daß wir an einem etwaigen Aufhebungsprozeß auch an einem Sturz der Sowjets kein Interesse haben, weil das nur den Heilungsprozeß außerordentlich erschweren und auf weitere Jahre hinaus dem europäischen Wiederaufbau schweren Schaden zufügen würde. (Zustimmung bei den Soz.) Wir hatten allerdings Bedenken über Zeitpunkt und Art des Abschlusses des Rapallo-Vertrages. Und auch in England, Frankreich und Italien waren Politiker, die auf eine Völkerveröhnung hinarbeiteten, sehr überrascht. Weiber ist auch mehrfach zu erkennen gegeben worden, daß das Vertrauen in die Aufrichtigkeit der deutschen Politik durch den Vertrag beeinträchtigt worden ist. In dieser Auffassung sind nicht zuletzt

#### die leichtesten Auslassungen eines Teils der deutschen Presse

schuld, der den Rapallo-Vertrag als das unumkehrliche Ende der Erfüllungspolitik verurteilte. Der Vertrag öffnet den Weg nach Osten, aber er kann sich im Grunde genommen nur auswirken im Rahmen einer versuchten Politik der Vertragserfüllung nach dem Westen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Im übrigen möchte ich dringend davor warnen, schon in der nächsten Zeit eine wirtschaftliche Auswirkung des Vertrages zu erwarten. Nur ganz allmählich können die Handelsbeziehungen größeren Nutzen für beide Teile bringen. Die Auffassung, daß gleichzeitig mit dem Vertrag von Rapallo Geheimverträge abgeschlossen wurden, ist durchaus irrig. Der Vertrag gibt nicht den geringsten Grund zu dieser Annahme, und im übrigen hat die deutsche Arbeiterschaft in ihren breiten Massen für den Gedanken des Nationalsozialismus nie etwas übrig gehabt. So wie die Dinge seit der Revolution in Deutschland gelagert sind, wäre der Abschluß eines solchen militärischen Geheimabkommens überhaupt unmöglich. (Sehr richtig!)

## Genueser Anekdoten.

Von Victor Schiff.

### Die verätherische Gießkanne.

„Ueber alles führt man hier Stoisit“, sagte mir eines Tages in der Casa della Stampa ein französischer Kollege, als er seit zwei Stunden auf eine Verbindung mit Paris und ich seit fast einhundert Stunden auf das Gespräch mit Moritzplatz wartete. Ueber die Zahl der Delegierten, der Berichterstatter, der telegraphisch übermittelten Worte, der zustandegemachten — allerdings nur der zumutbaren — Telefonverbindungen, der nach anderen Richtungen abgeschobenen russischen Fühlungnahme und internationalen Kolonnen. Mich würde aber auch die Zahl der Geheimpolitisten interessieren, die hierher zusammengezogen wurden. Die muß in die Hunderte gehen. „Geheimpolitisten gibt es hier überhaupt nicht“, erwiderte ich, „dafür allerdings unglücklich viel Politisten in Zivil. Das ist nicht ganz desgleiche. Denn was Sie „Geheimpolitisten“ nennen, erkennt man auf längst Schritt. Wohin Sie auch gehen, nach dem Eden, nach dem Savoy, nach dem Palazzo Reale oder zu den Empfängen, Sie werden unter hundert Leuten den Politisten mit derselben Sicherheit erkennen, mit der Ihre neue Nationalheiligkeit, die Jungfrau von Orleans, den König Karl VII. inmitten seines Gefolges erkannte.“ „Sie mögen schon recht haben“, meinte der Pariser Kollege, „aber das gilt nur für die einheimischen Sicherheitsagenten, nicht für die von einzelnen Delegationen mitgebrachten. So war ich vorgestern nach Santa Margherita zu den Russen gefahren, um Tischgespräche zu unterhalten. Nach langem Parlamentieren am Bitter wurde ich in den Garten hereingelassen. Der Garten war leer. Nur ein Gärtner stand da und besog eine Blume. Als ich an ihm vorbeiging, schaute er scheinbar gleichgültig nach mir herauf. Ich mußte eine kleine halbe Stunde antischambrieren und plauderte während dieser Zeit mit einem Sekretär der Sowjederlegation. Wir kamen auf die Sicherheitsmaßnahmen für die Herren Bolschewiki zu sprechen. Er äußerte sich über die Maßnahmen der italienischen Regierung außerordentlich lobend. Worauf ich meinte: „Eigentlich war es also überflüssig, soviel eigene Detektiven mitzubringen.“ Der Russe machte eine erschauert-erschreckende Geste. Ich fuhr fort: „Wieviel Millionen Sowjetrubel mag Ihrem Staat zum Beispiel die Reise und der Aufenthalt des Detektivs kosten, der da unten den Gärtner mimt?“ Der Sekretär lächelte erstaunt: „Woher wissen Sie?“ „Nun“, erwiderte ich, „ich weiß nicht, wie man im kommunistischen Staat die Gärtnerie betreibt, bei uns in Frankreich aber werden Sie keinen Gärtner finden, der stundenlang dieselbe Blume begießt und dazu noch mit einer längst leergemachten Gießkanne.“

Wiewohl wird der französische Kollege noch einst in Sowjet-Rußland heilig gesprochen, wie die seltsame Jungfrau von Orleans.

### Der einzige Ausweg.

Bis zum Tage meiner Abreise war ich, trotz mehrfachen Vorhabens, nicht dazu gekommen, eine der berühmtesten Sebenswürdigkeiten Genuas zu besichtigen, nämlich den Campo Santo, den künstlich und landschaftlich einzig dastehenden Friedhof. Ein französischer Genosse war genau in derselben Lage wie ich und wir fuhren ge-

meinschaftlich am letzten Nachmittag hin. Wir trafen dort 5 Minuten nach vier ein und trafen auf ein geschlossenes Gitter, an dem die Tafel hing: Chiuso. Geschlossen! Der Wächter belehrte uns, daß der Eintritt nur bis vier Uhr gestattet sei. Alles Bitten um eine Ausnahme, ja selbst das Vorzeigen unseres Presseausweises, der sonst in Genua fast sämtliche Türen öffnete, vermochte nicht, ihn umzustimmen. Schon lehrten wir traurig und mißlautlich gestimmt um, als mein Begleiter ausrief: „Und wir werden doch hineinkommen!“

„Wollen Sie deshalb einen Tag länger bleiben?“ „Ist nicht nötig! Sehen Sie denn nicht, was da kommt?“ Es kam nämlich ein Begräbnis und hinter dem Beichenwagen schritten die Hinterbliebenen und Bekannten.

„Wenn überhaupt noch etwas hineingelassen wird, so dieser Beichenwagen nebst Trauerzug. Wir werden unserem alten Bekannten das letzte Geleit geben.“ Und so geschah's. Niemand achtete auf uns. So haben wir den „Campo Santo“ nach der vorchriftsmäßigen Zeit doch besichtigen können.

### Der engherzige Galtgeber.

Nach dem Bekanntwerden des Rapallo-Vertrages ging bekanntlich eine Welle der Entrüstung durch sämtliche Delegationen. Die Russen waren damals noch die Lieblinge des Publikums und blieben daher von Vorwürfen verschont. Umso stärker war die Empörung über die Deutschen, die diese armen Russen verführt hatten.

In den italienischen Delegationstreffen tat man nicht weniger erbittert, obwohl die meisten Italiener den Jörn der Franzosen mit einer gewissen Schadenfreude betrachteten. Als man nun einen italienischen Diplomaten fragte, warum er eigentlich sich an dem Chor der Empörten beteiligte, bekam man die Antwort: „Sehen Sie, als Galtgeber müssen wir schon Einspruch erheben: Wenn ich Gäste zu mir lade, dann habe ich natürlich nichts dagegen, wenn Herren und Damen miteinander pousseieren. Aber es geht doch zu weit, wenn sie sich in mein eigenes Bett legen.“

Musiker-Opfertag im Deutschen Opernhaus. Das auf 120 Künstler verstärkte Orchester des Deutschen Opernhouses, Prof. Rudolf Krause als Dirigent, Prof. Gustav Hagemann als Solist (Violine), dazu ein Programm: Beethoven: „Leonore III“ und Violinkonzert D-Dur, Brahms: II. Sinfonie D-Dur ausgezeichnet! Dazu ein etwas kühler, unzuverlässiger Himmel, so daß es kein Opfer war, den Sonntagnachmittag im geschlossenen Raum zuzubringen, zudem man es in der Pose eines schönen Konzertes und bei niedrigem Kostenpunkt (10—50 M.) tun konnte. Unter solchen Umständen sollte man meinen, war's nicht verwerfen, viele Gäste zu erwarten. Berrechnet; nur wenige sind gekommen. Schade um jeden leeren Platz, wo draußen Hunderte musikhungrig vorübergingen. Das Herz ging einem auf und man konnte sich wundern, was für Schätze drin ruhten.

Das Konzert bedeutet für Berlin den Anfang einer Reihe von Unternehmungen des „Deutschen Musikerverbandes“, deren Erträge einem Fonds zuzuführen, aus dem vom Verbands bei öffentlichen Musikhochschulen (in Berlin bei der Staatlichen Akademischen Hochschule für Musik) eingerichtete Orchesterklassen unterhalten und begabten unermittelten Musikern Wirtschaftsbeihilfen für

die Zeit des Studiums gewährt werden sollen. Ein Weg, den berühmtesten „Lehrstuhle“ in den Stadtpfeiferien das Wasser abzugraben, den deutschen Zivilberufsmustern sozial, die deutsche Orchesterkunst und damit das öffentliche Musikleben überhaupt künstlerisch zu heben. Die dem Konzertprogramm beigelegte Nummer 1 der „Berbe- und Aufklärungskräfte des Deutschen Musikerverbandes“ unterrichtet eingehend über die Lage der Berufsmuster und über die Ziele der Musiker-Opfertage. Für diese Ziele mühten sich nicht nur die Gewerkschaften, die verschiedenen Volksbildungsvereine wie Volkshochschule, Volksschule, sondern auch die zahlungsfähigen Kreise interessieren. Deutsche Musik, deutsche Orchester erfreuen sich im Ausland vieler Freundschaften; aber unter den Besuchern des gestrigen Konzerts war kaum ein Ausländer zu entdecken. Offenbar hat die Doffentlichkeit nicht begriffen, warum es sich bei den „Musiker-Opfertagen“ handelt. Jeder Volkfreund und jeder Musikfreund muß wünschen, daß die weiteren „Musiker-Opfertage“ auch Kassenerfolge werden. v. n.

Eine Otto-Ernst-Uraufführung fand in Leipzig statt. Erfreulicherweise nicht in einem ersten Theater, sondern im Rahmen einer vom deutschösterreichischen Schwab- und Trub-Wunde veranstalteten Sonderaufführung. Im Wortort zu der Buchausgabe des Stückes behauptet Otto Ernst, nichts geringeres denn Feigheit sei die Ursache der Kürbe gewesen die er sich bei den Theatern geholt hat. Die Aufführung wies aber mit eindringlicher Deutlichkeit nach, daß einfach der gute Geschmack unsere Direktoren beriet, als sie mit dem neuesten Otto Ernst nichts zu tun haben wollten. Was da Otto Ernst „die hohe Renagerie“ nennt und was eine politische Satire auf die Entente diplomatie während der Kriegsjahre sein soll, ist ein aus den edelsten Kriegsmühen zusammengestoppelter Sammelurium von Blattheiten und Geschmackslosigkeiten. Rußland wird durch einen verflochtenen Bienen verkörpert, Frankreich durch einen hysterischen Laffen, Englands Diplomat ist ein scheindeliger Lump und die deutsche Sozialdemokratie heißt gleich gar Dr. Minus (Fehl) und trägt eine Felsmaske. Es ist eine starke Zumutung, das fache Gemäch eines Speichers, der allmählich von einem passablen Schriftsteller zu einem Schundstück-Versaffer herabgesunken ist, auch nur als politische Einstellung ansehen zu sollen. H. B.

Zum Besen der Ankanten für tuberkulöse Kinder Berlin veranstaltete Dr. E. E. Schmidt ein erstes Konzert nach der Amerika-Tournee am 17. Juni, abends 8 Uhr, in der Philharmonie.

Zur Erforschung der Sexualentwicklung des Kindes noch seiner Herberden und sexuellen Seite hat das Institut für Sexualwissenschaft in Berlin und das Institut für experimentelle Pädagogik und Psychologie, Abteilung des Leipziger Experimentiervereins, zu einer Arbeitsgemeinschaft vereinigt. Eltern, Erzieher, Ärzte u. a. werden von beiden Instituten gebeten, ihnen Material an eigenen Beobachtungen, an Beobachtungen, Befragungen, Besonderen Dokumenten, Niederschriften, Tagebüchern, kindlichen Diktaturen, Briefen, Zeichnungen, plastischen Darstellungen u. dgl. zu übersenden. Auf Wunsch werden Auslagen vergütet. Einleitungen erbeten an das Institut für experimentelle Pädagogik und Psychologie in Leipzig, Kramerstraße 4, II.

Kurt Schwitters, der Dichter der „Anna Blume“, wird am 31. Abends 7½ Uhr, in der Kunstausstellung Der Sturm, Goldammerstraße 134a, seine eigenen Dichtungen vortragen. Dort sind auch zurzeit die Kerygmata und Werkpläne von Kurt Schwitters ausgestellt.

bei den Soz.) Wir würden unser Außerstes daran setzen, die Regierung zu kürzen, die eine solche Politik betreiben wollte. Wir halten fest an unserer Parole: Nie wieder Krieg! (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Die Ententestaaten hätten im Rahmen ihrer Politik eine Möglichkeit, sich in dieser Beziehung eine gewisse Sicherheit zu verschaffen. Wir haben seit dem Frieden von Versailles einen Völkerbund und wünschen, daß er bald so gestaltet wird, daß er seinen Namen verdient, weil wir grundsätzlich die Auffassung haben, daß Deutschland die Pflicht hat,

in diesen Völkerbund hineinzugehen,

soweit ihm nicht Zumutungen auferlegt werden, die sich mit den deutschen Interessen nicht vertragen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir haben das größte Interesse, daß diese Frage geklärt wird, und vielleicht ist die Regierung in der Lage, uns Mitteilung zu machen, ob hierüber in Genua Besprechungen stattgefunden haben, die es wahrscheinlich machen, daß wir uns in absehbarer Zeit positiv mit diesem Problem zu befassen haben. Die Entente hat es in der Hand, diesen Völkerbund zu einem Garant des Weltfriedens zu machen. Dann ist es möglich, die Politik der Geheimverträge auszuschießen. Lloyd George hat versichert, daß die englische Regierung alle Schwierigkeiten überwinden würde, die sich ihr auf dem Wege zu einer allgemeinen Friedenspolitik entgegenstellen würden. Die deutsche Demokratie wird der britischen keine Hindernisse bereiten, wenn sie diesen Weg konsequent beschreiten würde. Die Welt wird hoffentlich bald erkennen, daß die deutsche Demokratie leben muß, wenn in Zukunft solchen Menschheitskatastrophen vorgebeugt werden soll. Die Pariser Verhandlungen geben Gelegenheit, diese Erkenntnis in die Tat umzusetzen, dann wird der Boden bereitet sein für eine Solidarität der Völker, die kommen muß, wenn Europa nicht doch noch an den Nachwirkungen dieses wahnwichtigen Krieges zugrunde gehen soll. (Zustimmung und lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Marx (3.): In Genua sind für Deutschland ganz bedeutungsvolle Fortschritte erreicht worden. Wir konnten wieder als gleichberechtigte Nation am Verhandlungstisch erscheinen und gegenüber dem höhnen Lachen der Rechten bin ich so frei, diese Feststellung des Kanzlers noch einmal zu wiederholen. Dieser Fortschritt ist nur zu verdanken der Politik der Koalitionsparteien. (Sehr richtig!) — Der Redner dankt den Italienern dafür, daß sie die Konferenz von Genua zustande gebracht und durchgeführt haben und erinnert an das große Interesse, das der Erzbischof von Genua und der Papst der Konferenz erwiesen haben. Bewunderlich war, daß trotz des Programms einige Nationen ungleich und ungerecht behandelt wurden, und unfinnig und unvernünftig war die Haltung Frankreichs, das die Reparationsfrage nicht besprechen wollte. Aber eine ganze Anzahl von Vertretern über Deutschland sind beiseite. Schon das allein wäre ein wertvolles Ereignis. Aber darüber hinaus hat Deutschland als praktische Beute den Vertrag von Rapallo heimgebracht. Er entspricht durchaus der Politik meiner Partei und überhaupt unserer Politik, ein Band zwischen Ost und West zu knüpfen. Wir erkennen den Vertrag als im Interesse Deutschlands liegend an und wünschen, daß er von segensreichen Folgen sein wird. Wir danken der Regierung für die schwere verantwortungsvolle Arbeit, die sie in Genua geleistet hat. (Lebhafter Beifall im Zentr.)

Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. (Oberbühnenabkommen.) Zweite Sitzung 2 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Debatte.)

## Unterhaus und Rapallo-Vertrag.

London, 29. Mai. (M.B.) Im Unterhaus fragte Viscount Curzon den Premierminister, ob die Regierung irgendeinen Grund zu der Annahme habe, daß ein militärisches Abkommen zwischen der deutschen und der Sowjetregierung zustande gekommen sei. Lloyd George erwiderte, daß Nachforschungen angestellt worden seien. Bedauerlicherweise habe er jedoch noch keine Information erhalten. Diese Frage würde nicht aus dem Auge verloren werden.

Das Parlamentsmitglied Kenworthy fragte hierauf, ob Lloyd George nicht in einer Versammlung am Donnerstag mitgeteilt habe, daß das Ganze eine Ente sei.

Lloyd George erwiderte: „Ich nahm damals Bezug auf Dokumente, die in der Presse veröffentlicht worden sind.“

Das Parlamentsmitglied Will Thorne fragte, ob der Premierminister keinen Grund zur Annahme habe, daß ein Militärabkommen zwischen diesen beiden Ländern besteht.

Das Parlamentsmitglied Ward rief: „Natürlich besteht eins!“

Lloyd George gab keine Antwort.

## Der gestörte Kummel.

Mit gut gespielter Entrüstung fällt der Chor der Rechtspresse, von den Deutschvölkern bis zu den Ganz-Deutschen, über den schon erwähnten Beschluß des preussischen Staatsministeriums her, der den Behörden in Ostpreußen die Teilnahme an Propaganda und Gebungen aus Anlaß des Hindenburg-Besuches verbietet. Rührlässig wird daran erinnert, daß Hindenburg gerade in Ostpreußen, das er bei Tannenberg gerettet, mit besonderer Dankbarkeit begrüßt werde. Jetzt müssen gar die völksparteilichen Minister als die Helfer hingestellt werden, die durch ihren Protest einem Beschluß des Staatsministeriums nachträglich zu einer Korrektur verholfen hätten. Amlich wird durch den Preussischen Pressedienst jetzt bestätigt, daß, wie wir schon im Abendblatt sagten, von einem solchen Protest gar keine Rede gewesen und eine Abkündigung des früheren Beschlusses gar nicht eingetreten ist.

Wie die B.Z. erfahren, hat vielmehr der preussische Minister des Innern den ihm unterstellten Ressorts die strengste Durchführung des Staatsministerialbeschlusses vom 12. Mai eindringlich zur Pflicht gemacht. Die Anzeichen, daß die Reise des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg nach Ostpreußen und die aus diesem Anlaß getroffenen Veranstaltungen eine bestimmte parteipolitische Färbung angenommen haben und einen bestimmten parteipolitischen Zweck verfolgen, haben sich vermehrt und verstärkt. Der Besuch des Feldmarschalls gilt ausschließlich Herren, die der Deutschen nationalen Partei angehören: Graf Lehndorff, v. Lettau-Annaphausen, Freiherr v. Kniphhausen, v. Oldenburg-Januschau, Graf Eulenburg-Brassen, Graf Dönhoff usw. Erheblicher Teile der ostpreussischen Bevölkerung hat sich deshalb eine starke Beunruhigung bemächtigt, die gewisse dem nationalen Schutze der Provinz Ostpreußen dienende und bisher innegehaltene Vereinbarungen aufschwerfend gefährdet. Insbesondere eine für den 11. Juni geplante Aufstellung von Königsberger Schulkindern und ein am gleichen Tage abzuhaltender Feldgottesdienst auf dem Devauer Platze bei Königsberg haben die Anhänger der Antiparteien veranlaßt, Gegenkundgebungen anzukündigen. Unter diesen Umständen hat der Minister des Innern die Polizeibehörden angewiesen, die durch die Aufstellung von Schulkindern geplante Kundgebung zu verbieten, wenn die Befürchtung besteht, daß die Kinder durch die Beteiligung an dieser Kundgebung in Gefahr geraten könnten.

Was die Beteiligung von staatlichen Beamten an den von Gemeinden oder Gemeindevorständen veranstalteten geselligen Zusammenkünften anlangt, so hat der Minister des

# Das Ergebnis der Wirtschaftskonferenz.

Rede des Genossen Robert Schmidt vor den Berliner SPD-Funktionären.

Über die politische Bedeutung der Genuaer Konferenz sprach gestern Reichswirtschaftsminister Genosse Robert Schmidt in einer Versammlung der Berliner Funktionäre in den Germania-Sälen.

In den letzten Wochen, so führte er aus, hat sich die Öffentlichkeit stark auf die Konferenz in Genua eingestellt. Trotzdem ist infolge des Auftretens neuer Probleme das Interesse schon wieder stark zurückgetreten. Wir sind nach Genua nicht mit großen Hoffnungen gegangen, weil nach der außenpolitischen Lage keine allzu günstige Prognose gestellt werden konnte. Frankreich hatte in Cannes durchgesetzt, daß in Genua über den Versailler Vertrag nicht geredet werden dürfte. Dazu kam, daß Amerika, das an der Lösung der wirtschaftlichen Aufgaben Europas durchaus nicht interessiert war, an der Konferenz nicht teilnahm. Andererseits waren andere Staaten, insbesondere Rußland, hinzugezogen worden. Wir kamen auf der internationalen Konferenz in eine mit Konfliktstoff angefüllte Atmosphäre.

Kritisch gestalteten sich die Verhandlungen, als wir zu dem Londoner Expertenmemorandum Stellung nehmen sollten, das auf uns einen niederdrückenden Eindruck machte, insbesondere hinsichtlich der auf Rußland bezüglichen Vorschläge. Wir sind interessiert an dem Wiederaufbau Rußlands, weil es sich dabei um 120 Millionen Menschen handelt, die aus dem internationalen Verkehr ausgeschaltet sind. Das Londoner Memorandum sah gewissermaßen vor, daß

Frankreich auf Kosten Deutschlands mit Rußland in Kontakt kommen solle.

Man sah eine ähnliche Finanzkontrolle Rußlands vor, wie die Reparationskommission sie für Deutschland plant. Wir mühten natürlich eine solche Kontrolle, die wir für uns nicht wünschen, auch für Rußland ablehnen.

Während wir zu allen Verhandlungen hinzugezogen wurden, wurden wir ausgeschaltet

von den Verhandlungen mit Rußland, Verhandlungen, die uns unter Umständen neue Lasten gebracht hätten. Diese Gefahr war sehr groß. Ich bin der Meinung, daß wir uns nach Osten anlehnen müssen. Ich hätte gewünscht, daß unsere Verhandlungen mit Rußland schon vor der Konferenz zum Abschluß gekommen wären. (Sehr richtig!) Wir mühten unter den gegebenen Verhältnissen prüfen, ob es nicht angebracht wäre, sich in Sicherheit zu bringen gegenüber dem Vorhaben der Entente. Zurückkommen von Genua mit dem Beschluß, daß die Versailler Bestimmungen auch auf Rußland Geltung haben sollten, wäre ein beispielloses Fiasko gewesen.

Was enthielt denn nun der Vertrag von Rapallo?

Zunächst die Anerkennung der Regierung, d. h. die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen. In handelspolitischer Hinsicht ist gegenseitig das Recht auf Meistbegünstigung festgelegt worden. Die Entrüstung der Entente über diese Punkte ist unverständlich. Es kam uns lediglich darauf an, Schaden zu verhüten. Die nachfolgenden Verhandlungen sind denn auch ganz friedlich verlaufen. Ich habe in Genua, trotz der Sensationsmeldungen der Presse, niemals den Eindruck gehabt, daß Genua aufstiegen würde. Schließlich war gerade Lloyd George sehr daran interessiert, die Konferenz zu einem guten Abschluß zu bringen.

Ich bedauere, daß Trotski, nach einer Meldung der Telegraphen-Union, gesagt hat, daß die Rote Armee noch in diesem Jahre marschieren solle. Man braucht Telegraphen-Agenturen nicht ohne weiteres zu glauben, wenn es aber wahr ist, so zeigt es sich ja nur wieder, daß die Vertreter des Militarismus immer das Maul sehr voll nehmen. (Beifall.) Im übrigen ist der beste Schutz gegen den Bolschewismus die Wiederherstellung der Wirtschaft. Wir können uns in Deutschland glücklich schätzen, daß wir von der bolschewistischen Welle verschont geblieben sind. (Zustimmung.)

Und nun kommt der russische Kommunismus und fordert die Hilfe des Kapitalismus.

Die Russen erklärten uns in Genua, daß große landwirtschaftliche Betriebe wieder in eine Hand gegeben, d. h. kapitalistischen Unternehmern überantwortet werden sollten. Ich bedauere dieses Endergebnis, nach dem Rußland mit kapitalistischer Hilfe wieder auf-

gebaut werden soll. Es hat sich gezeigt, daß es leichter ist, eine Wirtschaft zu zerstören, als wieder aufzubauen. (Zustimmung.)

Dennoch müssen wir mit Rußland in Kontakt kommen, die wirtschaftliche Annäherung muß politisch vorbereitet werden. Wir machen nicht dem russischen Kommunismus eine Reverenz, sondern wir wollen

dem russischen Volke helfen,

dem geholfen werden muß.

Rußland kommen die großen Finanziers und unteruchen den russischen Kadaver, ob noch etwas herauszuholen ist. Lohnt es sich nach ihrer Auffassung, so werden sie ihr Geld hineinstecken und nach Jahren werden sie ihre Gewinne einheimsen. Nur ein Beispiel für diese Lausache: Als in Genua in Frage stand, was soll mit den wichtigen Petroleumquellen werden, und geantwortet wurde, daß sie schon an eine englische Finanzgruppe vergeben seien, erhob sich ein allgemeiner Entrüstungsschrei der übrigen Kapitalisten.

Wenn in den Ententeländern vielfach behauptet wird, daß hinter dem Rapallo-Vertrag ein militärisches Geheimabkommen stecke, so ist darauf zu antworten, daß nichts daran wahr ist. Es ist bedauerlich, daß mit solchen Märchen in der Auslandspresse gearbeitet wird. Aber die beste Gewähr gegen das Aufblühen des Chauvinismus wäre, wenn die Entente nicht immer und immer mit neuen Lasten und Bedrückungen kommen würde. Nur der Politik der Entente ist das Erstarren der Deutschnationalen zu verdanken. (Zustimmung.) Es gibt kapitalistische Interessengruppen, die hoffen, durch den Anschluß an ein anderes Land Geschäfte machen zu können. Wenn in Rheinland-Westfalen die Separationsbestrebungen geächtet sind, verbanen wir es in erster Linie dem geschlossenen Auftreten der Arbeiterklasse.

Rußland sollte nach dem Wunsche von Lloyd George der große Friedenspaß

geschlossen werden. Eine Absicht, die mit Begeisterung in unserer Reihen aufgenommen wurde. Aber da kamen die Vitauer, daß die Grenzen nach Polen noch nicht festliegen. Rußland erklärte, nicht auf Beharabien verzichten zu können. Hier zeigt sich, welche Schwierigkeiten sich noch im Osten für den Weltfrieden auf-türmen. Von der

Haager Konferenz,

die die Grenzen Rußlands festlegen soll, sind wir ausgeschlossen. Wir haben dadurch keinen Schaden.

Wir können in Europa den Konflikt nur meistern, wenn man den

Weg der Verhandlung

und der gegenseitigen Verständigung sucht, und wenn Rußland auch seinerseits diesen Weg restlos beschreitet, werden wir einen großen Schritt in Europa vorwärts gekommen sein.

Die Verschuldung der Welt ist ungeheuer stark. Nur durch ein internationales Abkommen können diese Schwierigkeiten gemindert werden.

Um unsere Reparationspflichten erfüllen zu können, müssen wir eine Anleihe aufnehmen können, für die wir die Zinsen aufbringen müssen. Aber die Zinslast darf nicht so groß sein, daß wir unter ihrer Last zusammenbrechen. Das Grundübel der Geldentwertung sind die Reparationslasten, durch die Einkommen und Preise eine so starke Abweichung erleiden, daß eine durchaus gerechte Inflation entsteht.

In der Finanzkommission in Genua ist anerkannt worden, daß den schwachen Staaten eine Unterstützung durch Gewährung von Anleihen gewährt werden müsse. Auch in der Frage der Ein- und Ausfuhr sind in der Wirtschaftskommission Beschlüsse gefaßt worden, denen wir beitreten können.

Ich glaube, daß sich die Völker einander näher gekommen sind. Es ist unglaublich, wie die Völker verheert worden sind. Hier gilt es viel zu bessern und den fruchtbareren Boden vorzubereiten, auf dem sich die Völker wiederfinden können, zum Wohle der Menschheit. Wer hier mitarbeiten kann, möge es tun, damit in gemeinsamer Arbeit das ausgemergelt werden kann, was uns als Schädigung der Krieg hinterlassen hat. (Lebhafter Beifall.)

Die Versammlung beschloß, von einer Diskussion abzusehen. Sie wurde nach einem kurzen Schlußwort des Genossen Heimg, der auf dem Wahnsinn der kommunistischen Politik hinwies, geschlossen.

## Die Presse an den Reichskanzler.

Hannover, 29. Mai. (M.) Auf der Tagung der Deutsch-Hannoverschen Presse wurde einstimmig eine Eingabe an den Reichskanzler beschlossen, in der es heißt:

Die am 28. Mai zu einer Tagung zusammengetretene Deutsch-Hannoversche Presse bittet dringend, möglichst umgehend wirksame Schritte zur Behebung der wirtschaftlichen Notlage einzuleiten, in der sich zurzeit die gesamte deutsche Presse befindet. Der deutschen Volksgemeinschaft muß eine ihr unentbehrliche, unabhängige und deutsche Presse erhalten bleiben.

## Die nächste Aufgabe.

Die Elternbeiratswahlen in Berlin haben aufs neue die ungeheure Macht bewiesen, die von der bürgerlichen Presse in „christlich-unpolitischen“, das heißt: deutschnational-konfessionalem Sinne ausgeübt werden kann. Aus dem Wahlergebnis werden unsere Genossen daher vor allem die Lehren ziehen, den Einfluß der sozialdemokratischen Presse zu stärken, indem sie für die weitestgehende Verbreitung des „Vorwärts“ wirken.

Zum 1. Juni bietet sich die beste Gelegenheit, neue Leser zu werben. Verfümt die Gelegenheit nicht!

Nachstehender Bestellzettel ist auszufüllen und an die Hauptgeschäftsstelle des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, einzusenden. (In Orten außerhalb Groß-Berlins ist der „Vorwärts“ bei der Post zu bestellen.)

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der 14tägig erscheinenden illustrierten Beilage „Siedlung und Kleingarten“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus für 50 M. pro Monat Juni.

Name \_\_\_\_\_

Wohnung: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_ Straße Nr. \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_ Hof — Quergeb. — Seitenst. — Tr. links — rechts

bei \_\_\_\_\_

Innern den Beamten seines Ressorts die Beteiligung nur unter der Voraussetzung gestattet, daß sie auf diesen Zusammenkünften selbst keine Reden halten und sich vorher darüber Gewißheit verschaffen, daß sie nicht durch Reden anderer Teilnehmer in eine ihrer Amtspflichten widersprechende Lage gebracht werden.

Nach dem jetzt vorliegenden endgültigen Reiseplan soll der Aufenthalt Hindenburgs in Ostpreußen vom 19. Mai bis zum 16. Juni dauern. Dabei ist für nicht weniger als 5 Tage und zwar vom Sonntag, den 28. Mai bis zum Donnerstag, den 1. Juni als „Stamquartier“ Hindenburgs — Januscha vorgehelt!

## Hefferich als Kemmele II.

Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages haben sich am Sonnabend in später Abendstunde Vorgänge abgespielt, die den Vorstehenden, Genossen Hermann Müller, zu der Bemerkung veranlaßten, daß auch Ohrfeigen, die in diesem Ausschuss angeboten werden, nach der Verfassung vertraulich sind. Nachdem diese Vorgänge aber trotzdem von anderer Seite in die Öffentlichkeit gebracht worden sind, müssen auch wir über sie berichten.

Den Ausgangspunkt bildete eine Rede des Herrn Sinnes, der über die Möglichkeit einer Befehung des Ruhrreviers mit der bekannten Reichstagsigkeit sprach. Das gab dem Reichswirtschaftsminister Genossen Schmidt Anlaß zu einer scharfen Erwiderung, in der er auseinandersetzte, daß die Interessen des Reiches mit denen des Privatkapitalismus nicht identisch seien. Hierüber erregte Auseinandersetzungen, rüpelhafte Angriffe Becker-Hessens auf Schmidt und schließlich der unvermeidliche Hefferich, der in einem Wortgefecht den Unabhängigen vorwirft, sie stellen sich auf die Seite der Franzosen. Breitscheid ruft Hefferich zu: „Sie waren ja nicht im Schützengraben, Sie Drückeberger!“ Darauf Hefferich zu Breitscheid: „Ich habe Ihnen eine runter.“ Da er Anstalten macht, dieser Kriegserklärung den Angriff folgen zu lassen, packt ihn Westarp am Arm. Hefferich freischt: „Betrachten Sie sich als geohrfeigt!“ Westarp setzt mit Korpsstudentenbaf dazu: „Und mit Recht.“

Damit war der Zwischenfall bis auf die vorgemeldete Erklärung des Vorstehenden und eine kurze Schlußrede Dittmanns beendet. Herr Hefferich hat sich in einem doppelten Irrtum befunden, er hat geglaubt, daß man Charakter durch Temperament und Argumente durch Ohrfeigen ersehen kann. Als der Kommunist Kemmele im Reichstag den Volksparteier Mittelmann ohrfeigen wollte, schämte man sich dieses Tiefstandes. Wer hätte nach den Betrachtungen, die die deutschnationalen Presse diesem Vorfall widmete, vermutet, daß ein Minister des alten Regimes und Führer der Deutschnationalen Partei dieses Vorbild als nachahmenswert betrachten könnte?

# Gewerkschaftsbewegung

## Elektrizitätsarbeiter und Gemeindearbeiter.

### Vom Standpunkte des Gemeindearbeitersverbandes.

Die Parteipresse und die bürgerlichen Zeitungen brachten eine Notiz über eine Eingabe des Hauptvorstandes des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer an den Berliner Magistrat auf Abschluß eines besonderen Tarifvertrages für die Arbeiter der Elektrizitätswerte. In einigen Organen der bürgerlichen Presse wird mit Genugtuung konstatiert, daß dies Vorgehen der Elektrizitätsarbeiter endlich den Streiks in den Gemeindebetrieben ein Ende bereiten werde und daß es begrüßt werden müsse, wenn sich die Elektrizitätsarbeiter endlich vom Terror der übrigen Gemeindearbeiter frei machen. Hierzu sei folgendes bemerkt:

Das Lohnkartell für die Gemeindebetriebe, dem auch die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter angehört, hat seit seinem Bestehen einen einzigen Streik der Gemeindearbeiter geführt — den Februarstreik d. J. — bei dem ein Vertreter des Hauptvorstandes der Maschinisten und Heizer mitwirkte. Wenn nördem infolge des Beschlusses der elektrischen Energie in Berlin wiederholt Arbeitsruhe eintrat, so war dies auf Aktionen zurückzuführen, die außerhalb des Rahmens des Lohnkartells geführt wurden und bei denen die Elektrizitätsarbeiter verschiedentlich als Vorpann gebraucht wurden. Die Schlussfolgerungen im Antrage des Hauptvorstandes der Maschinisten und Heizer sind durchaus abwegig und berühren eigenartig angesichts des Kartellverhältnisses seiner Berliner Ortsverwaltung mit dem Lohnkartell für die Gemeindebetriebe. Ueber das Vorgehen des Hauptvorstandes der Maschinisten und Heizer wird noch an anderer Stelle zu sprechen sein.

Das Lohnkartell ist seinerzeit auf dringenden Wunsch der Berliner Gewerkschaftskommission geschlossen worden, und zwar aus Anlaß des Streiks der Elektrizitätsarbeiter im November 1920, bei dem damals die unter Führung Sültz (Mitglied des Verbandes der Maschinisten) stehenden Elektrizitätsarbeiter, entgegen dem Willen der übrigen städtischen Arbeiter, in den Streik traten.

Nach dem Stände der Zahl der Beschäftigten und deren Organisationszugehörigkeit vom 31. Dezember 1921 verteilen sich die 2905 beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen auf 2246 Mitglieder des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, 248 Mitglieder des Verbandes der Maschinisten und Heizer, 160 Mitglieder des Metallarbeiterverbandes, 153 Mitglieder sonstiger freigewerkschaftlicher Organisationen, während 102 gegnerischen Verbänden angehören oder unorganisiert sind. Bei diesem Organisationsstand ist ein selbständiges Vorgehen der Maschinisten und Heizer, das im Interesse der Einheitlichkeit der Arbeiterbewegung in den Gemeindebetrieben an und für sich zu bedauern wäre, ausgeschlossen. Auch in den Elektrizitätswerten sind Arbeiter aller Lohnklassen beschäftigt, weshalb die Frage, ob eine höhere Entlohnung der Elektrizitätsarbeiter gegenüber den übrigen städtischen Arbeitern am Platze ist, nicht in dieser Form gelöst werden kann. Die gleichen Ansprüche können Gas- und Wasserwerksarbeiter erheben, doch darf hierbei nicht außer acht gelassen werden, daß eine Heraushebung dieser Betriebsarbeiter sehr leicht zum Nachteile der großen Masse der übrigen städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen führen kann. Im übrigen beträgt die Differenz zwischen den Löhnen der gelernten und ungelernten Arbeiter in den Gemeindebetrieben zurzeit 1,50 M. pro Stunde.

Der Verbandsvorstand des Verbandes der Maschinisten und Heizer schreibt uns:

Es wird unserem Verbands von verschiedenen Seiten verübelt, daß er beim Berliner Magistrat beantragt hat, einen selbständigen Tarifvertrag abzuschließen. Wir stellen hiermit ausdrücklich fest, daß es sich nicht um ein eigenmächtiges Vorgehen des Hauptvorstandes handelt, sondern in verschiedenen Versammlungen ist diese Frage durchgesprochen und auf Wunsch der Mitglieder ein diesbezüglicher Antrag an den Magistrat gestellt. Damit fallen alle persönlichen Angriffe gegenüber dem Hauptvorstand in sich zusammen.

Es liegt keine Veranlassung vor, uns an dieser Stelle in eine polemische Auseinandersetzung über die Gründe und die Zweckmäßigkeit eines besonderen Tarifvertrages einzulassen.

### Lohnbewegung der Berliner Gemeindearbeiter.

Ueber die Feuerzulage für Monat Mai wird heute nachmittags im Reichsarbeitsministerium verhandelt. In der Lohnfrage für Juni werden die Verhandlungen am Donnerstag früh fortgesetzt.

Von den Betriebsverwaltungen sind Vorbereitungen getroffen, die Nachzahlungen für Mai noch vor dem Pfingstfest vorzunehmen. Gegenüber Mitteilungen, daß die „neuen Forderungen“ der Gemeindearbeiter eine Milliarde 300 Millionen Mark an Jahresausgaben bedeuten, sei darauf hingewiesen, daß bei voller Bewilligung der von den Arbeitern gestellten Anträge, die Löhne der Arbeiter folgende sein würden: Gelernte 22 M., Angelehrte 21 M., Ungelernte 20,50 M., Weibliche 85 Proz. dieser Sätze. Diese Löhne würden dann noch um 20—50 Proz. unter den Sätzen bleiben, die für Mai und Juni in der Privatindustrie üblich sind. Die Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter sind im Augenblick derart schlecht, daß die vom Lohnkartell geforderten Lohnhöhungen als durchaus nötig bezeichnet werden müssen.

### Kampf in der Musikinstrumenten-Industrie.

Der Holzarbeiterverband fährt seit Wochen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband der Musikinstrumenten-Industrie zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Schon bei der Festlegung der Tariflöhne für April wäre es beinahe zu einem Konflikt gekommen. Bei Fortsetzung der Verhandlungen über die Arbeitsfrage mußte zweimal eine Entscheidung des Schlichtungsausschusses herbeigeführt werden, die von den Arbeitgebern abgelehnt wurde. Die bis dahin getrennten Arbeitgeberverbände vereinigten sich zu einer Arbeitsgemeinschaft mit einem Juristen als Vorsitzenden. Die Verhandlungen am 10. Mai führten zu nichts, da sich der unparteiische Vorsitzende der Stimme enthielt. Bei den letzten Ver-

handlungen am 27. Mai boten die Unternehmer eine Lohnzulage von 10 bzw. 15 Proz. Die Verhandlungskommission unterbreitete einer Vollversammlung der Arbeiter am 27. Mai diese als zu geringen Zugeständnisse, wo sie einmütig abgelehnt wurden.

Gestern abend hatte sich eine Funktionärversammlung mit den weiteren Maßnahmen zu befassen, die eventuell den Streik beschließen wird. „In geradzuhilf provokatorischer Weise“ — schreibt man uns — „hat diese Industriegruppe den Arbeitern den Fehdehandschuh hingeworfen, die im Verlauf des letzten Jahres Millionen einstecken konnte und die Arbeiter mit Vettelstücken abgefunden hat.“ In fastblätiger Weise ist von den Arbeitern bis dato alles hingenommen worden, nunmehr scheint ihre Geduld zu Ende zu sein.

### Angeklagtenstreik im Kolonialwarenhandel.

In der bürgerlichen Presse behaupten die Arbeitgeber, daß neue, wesentlich erhöhte Tarife mit den Angeklagtenverbänden abgeschlossen worden seien. In Wirklichkeit sind nur für die Kleinbetriebe die Tarifverhandlungen zum Abschluß gekommen. Die Arbeitgebergemeinschaft des Berliner Kolonialwarenhandels und des Feinstoffhandels wollte am Montag die Erklärung abgeben, ob sie den geforderten Zuschlag von 30 Proz. für die Großbetriebe bewilligen will. Am Mittwoch früh erhielten sämtliche Organisationen die Mitteilung, daß die Arbeitgeber die Forderungen ablehnen. Am gleichen Abend haben daraufhin die Angeklagten der Großbetriebe den Streik beschlossen und Freitag früh die Arbeit eingestellt. Die Schuld liegt bei den Arbeitgebern, wenn es zu keiner Verständigung gekommen ist. Die Kleinbetriebe und die Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgebung werden nicht betroffen, mithin ist die Lebensmittelversorgung für Groß-Berlin gesichert.

### Streik in der Zigarettenindustrie in Danzig.

Seit 25. Mai steht die gesamte Arbeiterschaft der Zigarettenindustrie von Danzig im Streik. Die dort gezahlten Löhne stehen gegenüber den Löhnen der Zigarettenindustrie an anderen Orten weit zurück. Der Streik wird von den Verbänden der Tabakarbeiter, Metallarbeiter, Buchbinder und Transportarbeiter geführt. Beteiligt sind ca. 500 Arbeiter und Arbeiterinnen. Das Kartell der Zigarettenindustrie Berlins ersucht die Arbeiterschaft, jegliche Streikarbeit abzulehnen und auch nicht auf Verprechungen irgendwelcher Art, wieviel von den Danziger Arbeitgebern, hereinzufallen. Hoch die Solidarität!

### Die Differenzen auf dem „Deutschwerk Rüstingen“.

Zu dem in unserer Abendausgabe vom 27. Mai gebrachten Mitteilungen über Differenzen auf dem „Deutschwerk Rüstingen“ erhalten wir die nachfolgenden Aufklärungen: Am 10. Mai haben die im Werk Rüstingen beschäftigten Arbeiter mittags die Arbeit verlassen, ohne Verhandlungen mit der Direktion anzubahnen oder nachzusuchen. Die Direktion erhielt lediglich durch den Vorsitzenden des Betriebsrates Kenntnis von dieser plötzlichen Arbeitseinstellung, wozu ausdrücklich bemerkt sei, daß auch der Betriebsrats-Vorsitzende selbst von der beabsichtigten Arbeitseinstellung erst nach dem Verlassen der Werkstätten durch die Arbeiter unterrichtet wurde. Nach den von dem Betriebsrats-Vorsitzenden nachträglich eingeholten Erklärungen soll die Arbeitseinstellung erfolgt sein, weil die Werkdirektion bestimmte Vereinbarungen mit den Malern nicht gehalten habe. Hierauf hat die Vertretung der Betriebsratsvorsitzenden gebeten, sofort in die Verhandlung der Maler zu gehen, um die Ursachen der Arbeitseinstellung zu prüfen und genau festzustellen, ob die vorgenannten Gründe tatsächlich die Ursachen der Differenzen bildeten; es war Auftrag gegeben worden, sie abzustellen, wenn die Maler die Arbeit sofort oder spätestens am nächsten Morgen wieder aufnehmen würden. — Die Maler lehnten den Vorschlag der Direktion zur Arbeitsaufnahme ab. Da die Arbeitseinstellung ohne Verlautbarung einer Forderung und ohne Einhalten der in der Arbeitsordnung vorgegebenen 14-tägigen Kündigungsfrist erfolgte, da zudem auch der Vorschlag zur Wiederaufnahme der Arbeit abgelehnt worden war, mußte die fristlose Entlassung für die an der Arbeitseinstellung Beteiligten ausgesprochen werden.

Der zuständige Schlichtungsausschuss hatte von Amts wegen die Parteien zu Verhandlungen geladen; er empfahl der Vertretung in einem Vergleichsvorschlag sämtliche Maler wieder einzustellen und den Malern, die von ihnen nachträglich aufgestellten Forderungen wieder fallen zu lassen. Es ist richtig, daß die Vertretung, im Einverständnis mit der Zentrale in Berlin, den Vergleichsvorschlag ablehnen mußte, da das Verhalten der Maler die Annahme desselben unmöglich machte.

Da die Maler auf ihrem Standpunkt durchbarren, sind bedauerlicherweise Arbeitsstörungen eingetreten, durch die weitere Teile der Belegschaft in Mitleidenschaft gezogen wurden. Um das Werk vor größerem Schaden zu schützen, ist die Kündigung aller derjenigen ausgesprochen, für die infolge des Verhaltens der Maler keine weitere Beschäftigung vorhanden ist. Zur Klärung der schwebenden Differenzen sind jedoch mit den zuständigen Organisationen erneute Verhandlungen angebahnt worden.

### Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend, Geschäft rego. Fische knapp, Geschäft ruhig. Obst und Gemüse schwach, Geschäft flott.

Am Montag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:  
Rindfleisch 35—42 M., ohne Knochen 42—45 M. Schwachfleisch 40—49 M. Kalbfleisch 35—48 M. Hammelfleisch 30—42 M. Gerucharter Schinken 65—70 M. und Speck 50—56 M. Schellfisch 10—12,50 M. Seelachs 9—10 M. Dorsch 7 M. Kabeljau 10—12 M. Ritzungen 9 bis 15 M. in Eis: Schleie 29—32 M. Hechte 25—26 M. Aale 40—45 M. Zander 24—31 M. Lebende Barache 20—22 M. Karpfen 28—35 M. Bleie 15—24 M. Aale 48—56 M. Zander 31—38 M. Eier 4,50—5 M. das Stück. Naturbutter 76—80 M. Margarine 32—41 M. Schweineschmalz 42—45 M. Backbrot: Aopfel 48 M., Birnen 29—42 M. Pflaumen 30—35 M. Gemischtes 40 M. Kartoffeln (alte) 24—26 M. 10 Pfund. Kartoffeln (neu, holländ.) 110 M. 10 Pfund. Kohlrabi 45—60 M. die Mandel. Spinat 2—3 M. Mohrrüben 7—8 M. Spargel 5—15 M. Große Gurken 25 bis 35 M. das Stück.

Deutscher Holzarbeiterverband. Einseher: Donnerstag 7 Uhr im Arbeitslokal, Rungstr. 30, Brongensverammlung. Welche Lehren ziehen wir aus der letzten Lohnbewegung? Die Berechtigungen müssen in der Versammlung abgeleitet werden. — Die Brongenskommission.

Zentralverband der Angestellten. Verwaltungsausschüsse der Fachgruppe Gemeindebediensteten: Mitgliederversammlung Donnerstag 7 Uhr in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Str. 96/97. Die Funktionäre treffen sich um 5 Uhr abends.

# Wirtschaft

## Die Zwangsanleihe im Reichswirtschaftsrat.

Der Finanzpolitische Ausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich in zwei Sitzungen mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Zwangsanleihe. Besonders erörtert wurden der Zinsfuß, die Freigrenzen, der Tarif, die Vorauszeichnung und Abgabe und die Bewertung von Aktien, Anteilscheinen und Kuponen.

In der Frage der Verzinsung vertraten die Arbeitnehmervertreter den Gesichtspunkt der staatlichen Finanzwirtschaft und forderten eine möglichst geringe Belastung des Staatshaushalts durch den Zinsendienst. Die Arbeitgeber verlangten, man solle die Entziehung an Betriebskapital durch einen hohen Zinsfuß, womöglich auch durch einen Beleihungszwang durch die Darlehnsstellen erträglich gestalten. Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärte dazu, daß die Regierung davon ausgehen müsse, die Belastung des staatlichen Haushaltes möglichst gering und daher auch die Zinslast bis zum Jahre 1930, bis zu dem man den Eintritt einer normalen Finanzlage erwarte, niedrig zu halten. Ueber die Beleihbarkeit sei im Gesetz nichts vorgeschrieben, weil besondere Bestimmungen dafür, die noch über die normalen Beleihungsbedingungen der Reichsbank und der Darlehnsstellen hinausgingen, nur dazu beitragen würden, den Notenumlauf noch zu vermehren, und also einen der Hauptzwecke der Zwangsanleihe, die Eindämmung der Inflation, zu vereiteln. Nach längerer Erörterung und nachdem der Antrag Busch, die Anleihe nach den ersten drei unverzinslichen Jahren mit 5 Proz. zu verzinsen, mit 7 gegen 1 Stimme abgelehnt worden war, wurde mit 13 gegen 11 Stimmen ein Zinsfuß von 4 Proz. vom 1. November 1925 an beschlossen, wie ihn auch die Beschlüsse des Reichsrates vorsehen. Auf Antrag eines Vertreters der kleinen Landgemeinden, den ein Arbeitgeber der Landwirtschaft unterstützte, wurde mit 11 gegen 7 Stimmen beschlossen, den Tilgungszinsfuß von 1/2 Proz. auf 1 Proz. zu erhöhen.

Bei den Freigrenzen wurde von einem Vertreter des Handwerks eine angemessenere Behandlung der kleinen und mittleren Gewerbetreibenden verlangt. Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums widersprach einem dahingehenden Antrag mit dem Hinweis, daß die Werterhöhung gerade sehr leistungsfähiger Vermögen, wie z. B. der kleineren landwirtschaftlichen Betriebe nicht sehr groß sei, so daß sie durch eine Erhöhung der Freigrenze trotz ihrer Leistungsfähigkeit befreit werden würden. Die Erörterung ergab, daß es unmöglich ist, alle durch die Geldentwertung geschaffenen Sonderverhältnisse gebührend zu berücksichtigen, ohne das Gesetz unübersichtlich und technisch undurchführbar zu machen. Man einigte sich daher auf eine Fassung, die zwischen der allgemeinen Freigrenze von 100 000 Mark und der für Vermögen im Sinne des § 9 des Vermögenssteuergesetzes (Kapitalforderungen, Aktien, bares Geld, Renten usw.) von einer Million Mark eine Freigrenze von 300 000 M. einführt, wenn das Einkommen des Zeichnungspflichtigen, gleichviel woher es fließt, 30 000 Mark nicht übersteigt. Die Befreiung für Vermögen im Sinne des § 9 des Vermögenssteuergesetzes von 1 000 000 Mark, wenn das vorwiegend aus Erträgen dieses Vermögens bestehende Einkommen 50 000 M. nicht übersteigt, wurde abweichend von der Regierungsvorlage, aber entsprechend der Beschlüsse des Reichsrates an die Bedingung geknüpft, daß ihre Eigentümer über 65 Jahre alt oder erwerbsunfähig sind.

Einmütig bei einer Stimmenhaltung angenommen wurde eine Erleichterung der Zeichnungspflicht für kleine Vermögen, die durch eine Erhöhung der allgemeinen Freigrenze aus den oben angegebenen Gründen nicht genügend berücksichtigt werden konnten, in der Form, daß von den ersten 100 000 M. des Vermögens nur 1 Proz., von den nächsten hundertfünftausend 2 Proz. vorgeschlagen wurden, während die Regierungsvorlage 2 Proz. für die ersten zweihundertfünftausend Mark vorsieht. Auch diese Beschlüsse entsprechen der des Reichsrates.

Ueber die Bewertung von Aktien, Anteilscheinen und Kuponen, für die die Vorlage 75 Proz. des Kurswertes vom 28. April 1922 vorsieht, kam es zu einer längeren Erörterung. Es wurde ein Zufuß einstimmig beschlossen, wonach der Reichsminister der Finanzen mit Zustimmung des Reichsrates den Hundertsatz „auch für einzelne Papiere“ anderweit festsetzen kann.

Der vom Reichsrat neu eingefügte § 33 a, der Bestimmungen für den Fall höherer Einnahmen aus der Zwangsanleihe trifft, wurde mit allen gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Im Zusammenhang mit dem Gesetzentwurf wurde ein Antrag des Sonderausschusses des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes für Hypothekenbankwesen auf Verzinsung der Hypothekenbanken von der Verpflichtung zur Zeichnung von Zwangsanleihe abgelehnt.

Guter Abtransport der Ruhrkohlen. Bei glattem Verlauf der Transporte haben sich die Lagerbestände an Kohle und Koks im Ruhrgebiet wiederum um 176 876 Tonnen vermindert und betragen am 20. d. Mis. noch 826 752 Tonnen.

Russischer Naphtha-Export. Die staatliche Verwaltung für Naphtha-Export hat in Moskau ihre Tätigkeit begonnen; ihre Aufgabe ist, den möglichst vorzuziehenden Abzug russischer Naphthaerzeugnisse im Ausland zu organisieren und die für die Naphthaindustrie notwendigen Produktionsmittel aus dem Ausland einzuführen.

Verantw. für den behalt. Teil: Franz Kluge, Berlin-Glücksfelde; für Anzeigen: Th. Glöde, Berlin. Verlag Bornharts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornharts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 1. Preis 10 Pfennige.

für Herren- u. Damen-Bekleidung  
beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf meterweise  
**Stoffe Koch & Seeland** G. m. b. H.  
Gertraudenstraße 20-21.

Die unüberfroffene  
Qualitäts-



ist

HALPAUS

RARITÄT

Alte Reserve

Winkelhausen

die deutsche Weinbrandmarke

Orient auf märkischem Sande.

Am Montagmorgen bot der Potsdamer Ringbahnhof ein ungewöhnliches Bild, denn sein Bahnsteig wurde unwillkürlich zum Stehplatz des mohammedanischen Berlins.

Die Pilgerfahrt nach Wünsdorf.

Zum Ramadan-Bairam des Jahres 1340 (die Mohammedaner schreiben 1340 statt 1922) hatten nun der Orientklub und die Tataren durch den Lageremulla Dr. Bedri nach Wünsdorf ihre Glaubensgenossen eingeladen.

Das Ende des Tatarenlagers.

Weinbergslager wurde am 1. Mai d. J. aufgelöst. Zulezt lebten dort vornehmlich Tataren, und zwei Baracken blieben, sozusagen als Zufluchtsstätte, erhalten.

In der Moschee.

Die Moschee, sehr geschmackvoll in Weiß und Rot gehalten, wurde in den Kriegsjahren 1914/1915 erbaut.

Sichtanlage. Jeden Freitag (dJuma) wird in diesem mohammedanischen Gebetshaus Gottesdienst abgehalten.

Der Verlauf des Festes.

Früher, als die mohammedanische Kolonie noch reich war, wurde beim Ramadan-Bairam viel Brumk entfallen und auch Deutsche, in Gala, strömten hinaus.

Die Holzstühle der Baracken waren weiß gedeckt und Flieder, sowie die Blüten von Weiß- und Rotkorn bildeten einen ansprechenden Tafelschmuck.

Zusammenfassung der Gr.-Berliner Werke.

Mehr Wirtschaftlichkeit infolge der Eingemeindung!

Der Berliner Magistrat veröffentlicht eine Denkschrift über Maßnahmen zur Verbesserung der städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke seit Bildung der Stadtgemeinde Berlin.

Für die Gaswerke

wird durch die vor kurzem erfolgte Stilllegung des veralteten Alt-Berliner Werkes an der Giesbühner Straße, dessen Versorgungs-

gebiet jetzt dem neuen Gaswerk Reuthöfen zugewiesen ist, eine Ersparnis von jährlich 20 Millionen Mark erreicht.

Die Wasserwerke

der früheren Vorortgemeinden sind größtenteils mangelnd infolge Grundwassermangels oder Unvollkommenheit der Betriebsanlagen.

Zusammengefaßt ist auch schon die Elektrizitätsversorgung. Zwölf einzelne Elektrizitätswerke hatte Groß-Berlin, mehrere kleine sind inzwischen stillgelegt worden.

Ottile Baaders 75. Geburtstag.

Unsere liebe alte Genossin Ottile Baader vollendet heute, am 30. Mai, ihr 75. Lebensjahr.

Mit uns gedenken Ottile Baaders in Treue viele Tausende von Genossinnen und Genossen und widmen ihr zu ihrem 75. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche.

Der Ruf durchs Fenster.

Roman von Paul Frank.

7.

Der Mann mit der goldbetreuten Mütze, der neben dem Toringang stand, sah ihm, ohne daß er die Hände, die er in den Manteltaschen versteckt hatte, hervorgezogen hätte, fragend ins Gesicht.

„Reuß,“ murmelte der Schauspieler, ehe er eintrat, laut genug, daß es der andere hören mußte.

Der riß mit einem Ruck die Kappe vom Kopf. „Das Gepäck für Euer Gnaden befindet sich bereits in der Garderobe.

„Schon gut, mein Lieber,“ sagte der Schauspieler und war im Begriff, an dem Mann vorüberzugehen, der sich jedoch dicht hinter ihm hielt, plötzlich zu einem Sprung ansetzte und, vorauseilend, dienstbeflissen ausrief: „Ich werde den Weg zeigen!“

Der Portier blieb stehen, drückte eine Klinke nieder, schaltete das Licht ein und forderte ihn auf, einzutreten.

„Danke schön...“ sagte Albert Reuß. „Bemühen Sie sich nicht; ich habe keinen Wunsch.“

„Der Ankleider... Ich empfehle mich. Der Segen des Herrn über diesen Eingang. Wenn Euer Gnaden mich trotz alledem benötigen sollten, sage ich, falls ich nicht vor dem Tor weile, wie ich gewöhnlich zu tun pflege, obwohl der Aufenthalt in der kalten Abendluft nämlich sehr schädlich für meinen Rheumatismus ist, in meiner Loge, die gleich links neben dem

Eingang zu finden und daher nicht zu verfehlen ist... Ich habe auf jeden Fall nochmals die Ehre...“

Er schloß die Tür und verschwand.

Ein ebenso zuvorkommender wie redseliger Herr, dieser Türhüter, dachte der Schauspieler, während er in dem Raum Umschau hielt, der ihn nunmehr umschloß.

Sobann holte er seine Schminstschatulle heran und sehte sie, nachdem er sie zuvor geöffnet und einen prüfenden Blick in ihr Inneres geworden hatte, ebenfalls auf den Tisch.

Er entledigte sich des Rocks und der Weste, hängte beide Stücke an einem Wandhaken auf, legte Kragen und Krawatte ab und steckte die wertvolle Nadel, die er vorher aus dem Knoten gezogen hatte, nach einiger Ueberlegung in das Futter eines Seitensacks der Handtasche.

Er tauchte eine schmale Bürste in die eben bereitete Mischung und überfuhr damit sein Kopfhaar, so lange geduldig Strich neben Strich legend, bis das helle Blond in tiefes Schwarz sich verwandelt hatte.

Er tauchte eine schmale Bürste in die eben bereitete Mischung und überfuhr damit sein Kopfhaar, so lange geduldig Strich neben Strich legend, bis das helle Blond in tiefes Schwarz sich verwandelt hatte.

Er zog den Kamm durchs Haar, strich es, das sich sonst feidig und weich anfühlte und das durch die vorgenommene Prozedur steif und widerpenstig geworden war, auf die Stirn und legte es wieder zurück.

Der Schauspieler enttorkte abermals ein anderes Fläschchen, tauchte einen Pinsel ein und begann Stirn und Wangen zu bemalen; dort, wo die Flüssigkeit die Haut benetzte, färbte der Teint sich dunkelbraun, und binnen wenigen Minuten mutete dieses Anligg sonnenbrannt an, wie von sengender Hitze gerötet.

Er sah in den Spiegel und erblickte einen baumlangen, massiven Burschen, der ein gutmütiges Gesicht hatte, und der hinter seinem Rücken stand.

„Bubrow?“ fragte der Schauspieler.

Der Angerufene nickte mit dem Kopf, verzog den Mund zu einem breiten Lächeln, kniete sodann ohne jede Einleitung vor Albert Reuß nieder, begann ihm die Schuhe aufzuschürzen, half ihm aus den Beinleidern, legte diese geschickt zusammen und auf das Sofa, reichte ihm die Kostümstücke, die er doch zum erstenmal in der Hand hielt, zeigte sich gleichwohl anstellig, handfertig und keineswegs langsam von Begriff, so daß der Schauspieler mit solchem Helfer recht zufrieden war.

„Hut...“ lächelte der Schauspieler.

Der Letzte hatte den Rockmantel ergriffen, um ihn Albert Reuß um die Schultern zu hängen. Dieser wehrte dem Eifer Bubrows; der Bursche grinste über das ganze Gesicht und stellte sich in den Winkel neben der Tür.

(Fortsetzung folgt.)

### Eltern als Kindesquäler.

Das Martyrium eines unehelichen Kindes, welches von der eigenen Mutter und dem Stiefvater in grausamer Weise mißhandelt und gepeinigt worden war, bildete die Grundlage einer Anklage wegen Körperverletzung mittels gefährlicher Werkzeuge und einer das Leben gefährdenden Behandlung, welche die 11. Strafkammer des Landgerichts I. beschuldigte Angeklagte waren der Arbeiter Bruno Wildenau und dessen Ehefrau Margarete W. Letztere ist Mutter eines vor Eingehung ihrer Ehe geborenen, jetzt dreijährigen Knaben, den sie bis zu ihrer Verheiratung anderweitig in Pflege gegeben hatte. Als ihr das Pflegegeld zu teuer war, nahm sie das Kind zu sich, und nun begann für den bedauernswerten Jungen ein wahrer Leidensweg. Das Kind wurde bei den geringsten Anlässen von der Mutter und dem Stiefvater mit allen möglichen Gegenständen in rohester Weise mißhandelt, so daß der ganze Körper schließlich mit tief von Blut unterlaufenen Striemen und häßlichgroßen eiternden Beulen bedeckt war. Als auf eine Anzeige von Hausbewohnern hin das Kind von der Polizei einem Arzt zugeführt wurde, stellte dieser die Spuren schlimmster Mißhandlungen fest. — Das Schöffengericht verurteilte das brutale Ehepaar zu der verhältnismäßig milden Strafe von je sechs Monaten Gefängnis. Hiergegen legten Beide auch noch Berufung ein, der aber vor der Strafkammer jeder Erfolg verlag blieb. Unter Verhängung des ersten Urteils wurde die Berufung auf Kosten der Angeklagten verworfen.

### Schreckensstat eines Geisteskranken.

Großes Aufsehen gab es gestern nachmittag in dem Hause Schwedter Str. 12. Dort betrieb der Schneidermeister Feldmann aus der Sophienstr. 124/125 eine Konfektionswerkstatt. In dieser geriet er mit dem 36 Jahre alten Arbeiter Konrad Markwitz aus der Oberberger Str. 28, einem sehr leicht erregbaren Menschen, in einen Wortwechsel. Auch jetzt wurde Markwitz wieder sehr heftig, griff dann in seiner Erregung zur Pistole und feuerte zwei Schüsse auf Feldmann ab. Dieser lief davon und fiel auf der Treppe seinem gerade ankommenden Geschäftsführer tot in die Arme. Wie ein Arzt feststellte, hatte er zwei Herzschüsse erhalten. Markwitz hatte unterdessen die Waffe gegen sich selbst gerichtet und sich einen Unterleibschuß beigebracht. Die benachrichtigte Revierpolizei brachte den Täter als Polizeigefangenen nach der Charité, die Leiche des Erschossenen nach dem Schauhaufe.

### Die Elternbeiratswahlen.

Im Laufe des gestrigen Tages war es noch nicht möglich, das Gesamtresultat der am Sonntag stattgefundenen Elternbeiratswahlen festzusetzen. Bisher liegen die Resultate aus rund 400 Schulen vor, während etwa 183 Gemeinde- und Mittelschulen noch ausstehen. Das bisherige Ergebnis stellt 3255 christliche und 1733 weltliche Elternbeiräte fest. Da ein erheblicher Teil der Schulen aus dem Groß-Berliner Westen bisher noch fehlt, so muß damit gerechnet werden, daß das Endergebnis sich noch mehr zugunsten der christlich-unpolitischen Liste verschiebt.

**Bestrafte Gullydiebe.** Vor dem Schöffengericht Rankow hatte sich der Fuhrwerkbesitzer Karl Habn zu verantworten, der es fertig bekommen hatte, in einer Nacht acht Gullydeckel zu stehlen, die er für 2000 M. an den Witzendruckers Hinndorf verkaufte. Die Rechtsanwältin machte als strafmildernd geltend, daß die Angeklagten infolge von Krankheiten in der Familie sich nur in wirklicher Not zu den Straftaten hätten verleiten lassen. Das Gericht erkannte auf neun bzw. vier Monate Gefängnis, billigte den Angeklagten auch die bedingte Verurteilung zu.

**Linie 24 nach Tegell.** Um nach dem vielbesprochenen Ausflugsort Tegell auch von den westlichen Vororten sowie Moabit über Schöneberg Hauptstraße, Potsdamer Straße, Brandenburger Tor, Alt-Moabit, Mathenloher Straße, Berleberger Straße, Fennstraße, Weddingplatz eine direkte Verbindung herzustellen, wird am Sonntag und Feiertagen, zunächst versuchsweise, vom Sonntag, den 28. d. M., ab die Linie 24 im 15-Minutenbetrieb statt bis Reinickerdorf, Berliner Straße, bis Tegell geführt werden. Ab Dabblem bis Tegell von 7.55 bis 10.10 abends, ab Tegell bis Dabblem von 9.30 bis 9.54 abends, bis Steglitz, Lichterfelde Chaussee 10.09 bis 10.30 abends, bis Schöneberg, Mühlenstraße, 10.54 abends bis 11.54 abends. Außerdem werden nach Bedarf noch Einseitige 24E zwischen Alt-Moabit, Ede Werfstraße, und Tegell verkehren.

**Zur Erleichterung für die Steuerpflichtigen Groß-Berlins** ist es von jetzt ab zulässig, eine Reihe von Steuerarten auch bei den Girokassen der Stadt Berlin und bei bestimmten städtischen Sparkassen einzuzahlen. Die Reichseinkommensteuer dagegen kann auch weiter nur bei den bisher zuständigen Stellen eingezahlt werden. Näheres aus der in dieser Nummer veröffentlichten Bekanntmachung des Landesfinanzamts.

**Herbst-Jugendweibliche in Ober-Schönheitsweibliche.** Anmeldungen sind bereits jetzt zu bewirken und werden bis zum 3. Juni angenommen bei Frau, Wilhelmminnenhofstr. 2, Laden; Baber, Wilhelmminnenhofstr. 17, Laden; Bronau, Wilhelmminnenhofstr. 47, Laden; Schuster, Wilhelmminnenhofstr. 48, Verbandsbüro; Konsumladen Edisonstraße und Wolfenbüttelstraße.

**Im dem Remisatheater im Lunapark** versucht ein mutiger und unternehmender Direktor — Dr. Johannes Brandt — einem mehr auf III. Groteske und Humor eingestellten Publikum literarische Form- und Kleinfest vorzuführen, was die reichhaltigsten städtischen Sparkassen einzuzahlen. Die Reichseinkommensteuer dagegen kann auch weiter nur bei den bisher zuständigen Stellen eingezahlt werden. Näheres aus der in dieser Nummer veröffentlichten Bekanntmachung des Landesfinanzamts.

**Ein Luna-Park am Moritzplatz.** Der allen Berlinern nach in guter Erinnerung stehende Duggenbogensche Naturgarten am Moritzplatz wird wieder neu erbaut. Direktor Peter Zache, der jetzt das alte Duggenbogensche Stadtkino am Moritzplatz als Alhambra-Varieté betreibt, eröffnet am 1. Juni den dazu gehörigen großen Garten als Alhambra-Park.

# Der Mord im Edenhotel.

## Eine Aussage des Jägers Runge.

Wir sehen die im gestrigen Abendblatt begonnene Aussage des Jägers Runge über die Ermordung Liebnechts und Rosa Luxemburgs fort. Auf die Zeit folgt die gerichtliche Verurteilung.

Ich wurde in das Zellengefängnis eingeliefert, sämtliche Zellen standen offen, die inhaftierten Offiziere (Vogel, v. Pflug-Hartung, v. Stiegen, v. Rittgen, Schulz) drangen alle sofort auf mich ein und fragten, was ich ausgesagt hätte. Ich erwiderte, daß ich die Unwahrheit gesagt hätte. Kapitänleutnant Pflug-Hartung sagte mir, Sie haben gut ausgesagt. Er fragte dann, welchen Rechtsanwalt ich haben wollte, es gäbe keinen anderen als Grünspach. Später stellte sich der Rechtsanwalt Grünspach bei mir vor und sagte mir: „So weit ist alles ganz gut gegangen, aber was machen wir nun, um die falschen Papiere aus der Welt zu schaffen? Sagen wir, wir haben sie von Spartakisten gekauft, und Sie sind doch geistig minderwertig, Sie kommen doch frei.“ Eine weitere Untersuchung hat nicht stattgefunden.

### Die Zelle stand stets Tag und Nacht offen,

die Offiziere gingen ein und aus, sogar auf die Straße, bis 12—1 Uhr nachts war Damenbesuch in den Zellen. Es fanden große Weingelage statt. Kapitänleutnant Pflug-Hartung sagte mir:

„Wenn Sie die Wahrheit sagen und wir reinfiegen, müssen Sie sterben, denn wenn Sie schlafen, liegt mal eine Handgranate auf dem Bett, und Sie sind erledigt.“

Es war mir während der Verhandlung nicht möglich, die Wahrheit zu sagen, weil ich immer bedroht worden bin.

(In dem folgenden Protokollteil schildert Runge seine Gefängniszeit. Er hat verschiedentlich Wiederholungsmessungen gemacht und seine Aussagen in der Hauptverhandlung widerrufen. Die Wiederholungsmessungen sind jedoch immer abgelehnt worden und man hat Runge wiederholt damit gedroht, ihn in eine Irrenanstalt zu stecken, wenn er noch weiter verlogen würde, die Morde im Edenhotel aufzuklären. Wir geben zunächst wieder, wie Runge sein Schicksal nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis schildert und müssen aus Raumgründen im folgenden noch einige Kürzungen vornehmen. Red. des „Vormärts“.)

Am 19. Mai 1921 hatte ich meine Strafe verbüßt und wurde aus dem Gefängnis entlassen. Ich suchte dann Arbeit. Es kam dann die in den Zeitungen schon geschilderte Szene aus dem Arbeitsnachweis, wo ich mißhandelt wurde. Darauf wurde ich in Haft genommen, der Steckbrief gegen mich war noch nicht gelöscht. In einer Drohschle wurde ich nach Hause gebracht, wo ich einen Tag verblieb. Ein Kommissar und ein Rittmeister von der Sipo kamen in meine Wohnung und erklärten mir, ich müsse noch in der Nacht weggebracht werden, die Spartakisten könnten kommen und mich aufhängen. Ich wurde unter dem Namen Lange nach der Potsdamer Straße 4 gebracht, nachdem ich mich vorher geweigert hatte. Es befindet sich dort die Klinik von Frau Ritter und Professor Dr. Grauert. Inzwischen war Leutnant Krull verhaftet worden und ich wurde als Zeuge gesucht.

### darf aber nicht zur Vernehmung gehen.

In die Klinik kam auch immer ein Dr. Schiffer, der in Schöneberg, Am Park 18, wohnt und einer nationalen Partei angehört. Schiffer verbat mir auch in ziemlich schroffer Weise, zur Vernehmung in Sachen Krull zu gehen und verschaffte mir falsche Papiere,

die auf den Namen des Sergeanten Wilhelm Franz Rudolf aus Posen lauten. (Runge legt im Original diese auf den Namen Wilhelm Franz Rudolf lautenden Papiere vor.) Das erste Papier lautet wörtlich:

### Entlassungsschein.

Der Sergeant Wilhelm Franz Rudolf, geboren am 24. Mai 1876 zu Posen, Regierungsbezirk Posen, Truppenteil: 3. Marinebrigade, wird mit dem heutigen Tage nach Berlin entlassen. Gehalt und verpflegt bis einschließl. 31. März 1920. Dieser Schein gilt als Berechtigung für Lebensmittelanspruch. D. U., den 1. April 1920.

### J. A. Seeliger,

Oberleutnant zur See und stellvertretender Adjutant. Stempel der Schiffskommando-division der Ostsee.

Das zweite Papier ist ein Stammlauszug auf den Namen des Leutnants Wilhelm Franz Rudolf, trägt die laufende Nummer 763 und ebenfalls die Unterschrift des Oberleutnants zur See Seeliger, sowie den Stempel der Schiffskommando-division der Ostsee.

Das dritte Schriftstück ist ein gedrucktes Formular des 7. Armeekorps, Generalkommando, Abteilung Abwicklungsstelle, Versorgung. Geschäftsnummer R. z. 0014. Es ist datiert Münster, den 15. Juni 1921, und stellt ein Dienstleistungszeugnis für den Bureaudiener Wilhelm Rudolf dar und ist unterzeichnet v. Chauvin, Hauptmann a. D.

### Die Hilfe der Deutschnationalen.

Ferner legt Runge folgendes Schreiben vor:

Dr. Gustav Schiffer, Berlin-Schöneberg, den 23. Mai 1922. Privatsekretariat.

Am Park 18. Telefon: Stephan 8220.

Herrn Wilhelm Rudolf

(Es folgt die Adresse Runges. Red. d. „B.“)

Lieber Herr Rudolf!

Ihren Brief vom 22. cr. habe ich erhalten und hoffe, daß ich bis Donnerstag günstigen Bescheid habe. Sollte dies nicht der Fall sein, so wäre tatsächlich meine Kunst zu Ende, denn ich habe getan, was ich tun konnte und mich jetzt zuletzt nochmals mit einem sehr energiegelassen Brief an ein Mitglied des Vorstandes der Deutschnationalen Volkspartei gewandt.

Mit den Papieren kann ich Ihnen selber nicht helfen, Sie müssen sich da an Herrn Oberleutnant Rohbach wenden, der mit der Gutsverwaltung in Verbindung steht. Ich selber habe keinerlei Mittel, auf die Gutsverwaltung einzuwirken.

Ebenso wenig kann ich selbst an den Papieren eine Änderung vornehmen.

Sie wissen, lieber Herr Rudolf, daß ich selber mit der ganzen Angelegenheit nichts zu tun gehabt habe, sondern lediglich auf die Zeitungsnote, aus der ich sah, daß man Sie mißhandelt hat, für Sie eingetreten bin und getan habe, was ich tun konnte. Wenn mir nicht möglich war, mehr zu erreichen, so liegt das an der mangelnden Opferwilligkeit nationaler Kreise. Die Organisation, die Ihnen jedoch Arbeit verschaffen kann, ist und bleibt Rohbach in Wannsee. Ich kann Ihnen nur noch einmal anheimstellen, zu Herrn Rohbach herauszufahren.

Des weiteren empfiehlt es sich vielleicht, daß Sie gelegentlich vor Beginn der Sitzungen in den Reichstag gehen und dort Herrn Geheimrat Schulz-Bromberg oder Herrn Major Henning verlangen. Die Partei muß für Sie sorgen, doch lassen Sie uns hoffen, daß wir bis Donnerstag eine Antwort haben. Mit bestem Gruß

Ihr Gustav Schiffer.

Runge gibt nun weiter an: Man hat mich von der nationalen Klinik gar nicht erst nach Hause gelassen, sondern mich gleich mit einem Leutnant von Grabow nach Blankensee (Hinterpommern) geschickt. Später wurde ich nach Mecklenburg gebracht; immer auf den falschen Namen Rudolf.

Inzwischen wurde ich weiter als Zeuge in dem Prozeß gegen den Leutnant Krull gesucht. Es wurden nun alle Anstrengungen gemacht, damit ich nicht gefunden werde. Nun ließ der Untersuchungsrichter in Sachen Krull, Herr Dr. Weiden, mir durch meinen Stiefsohn mitteilen, ich sollte angeben, wo ich bin, damit ich dort vernommen würde. Diese Mitteilung erhielt ich in Mecklenburg auf dem Gut Kalso bei Koldow, Kreis Wismar. (Runge legt eine Steuerkarte der Gemeinde Kalso, Kreis Wismar, vor, die auf den Namen des Wilhelm Rudolf lautet. Es sind Steuermarken für die Zeit vom 9. September 1921 bis 5. November 1921, und zwar von der Lübeckischen Gutsverwaltung gekauft.) Es war dort

### eine militärische Organisation untergebracht.

Die Leute lagen als angebliche Landarbeiter auf den Gütern herum, um im Bedarfsfalle als Soldaten bereit zu sein. Leiter war der Major Weber. Dessen sagte ich: „Ichahre sehr nach Berlin, denn ich werde immer tiefer in die Sache hineingerissen.“ Darauf ließ man mich nach Berlin fahren, gab mir aber drei Offiziere, Leutnant Bender, Leutnant Hund und Leutnant v. Dallwitz, als Begleiter mit, die mich nicht aus den Augen ließen. Diese drei Offiziere brachten mich gleich nach Wannsee, Ditto-Friedrich-Str. 10; wo das

### Bureau der Arbeitsgemeinschaft Rohbach

ist. Dort wirkten Leutnant Rohbach sowie andere Offiziere namens Barthold, Köpcke usw. auf mich ein. Ich sollte die Sache totschweigen und einfach sagen, ich kenne Krull nicht, ich könnte mich auf nichts mehr erinnern. Dafür sollte ich eine gute Stellung bekommen. Ich habe mich bei meiner Aussage, bei der ich nicht verurteilt wurde, selber durch das Drängen dieser Leute dahin beeinflussen lassen, daß ich in ähnlichem Sinne ausgesagt habe. Darauf sollte ich nun nach Oberschlesien zur Arbeitsgemeinschaft Rohbach abgeleitet werden. Es ist mir folgendes Empfehlungsschreiben von Rohbach an einen Herrn Doen mitgegeben worden. (Runge legt dieses Schreiben im Original vor.)

Runge sagt weiter aus: Ich bin nicht nach Schlesien gefahren, weil mir all diese Sachen verdächtig waren und ich aus dem ganzen Treiben herauskommen wollte.

Ferner legt Runge folgenden Brief des Rechtsanwalts Frh Grünspach vor, der auf einem Geschäftsbogen mit Schreibmaschine geschrieben ist:

Kolar Frh Grünspach Berlin W. 15, den 17. September 1920. Dr. Schumann u. Wsch Kurfürstendamm 185 Rechtsanwältin (Ede Wielandstraße)

Herrn Otto Runge

Berlin. Untersuchungsgefängnis Alt-Moabit 12a.

Sehr geehrter Herr!

Ich habe alles getan, was ein Rechtsanwalt für Sie tun kann. Ein Gnadenersuchen ist eingereicht, ein Antrag auf Strafausschließung, schon vorher habe ich mich an den Reichswehrminister gewandt, habe eine Eingabe an die Staatsanwaltschaft gemacht, andere Möglichkeiten gibt es nicht. Ich werde auch in der Lage sein, wenn Sie entlassen sind, Ihnen einen Betrag von 3000 M. zu zahlen, der von einem Spender, welcher nicht genannt sein will, für Sie mit der ausdrücklichen Wellung hinterlegt, Ihnen diesen Betrag erst bei Ihrer Entlassung zu übergeben, und zwar nicht auf einmal, sondern in monatlichen Raten von 300 M.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Grünspach, Rechtsanwalt.

Runge bemerkt noch: Ich habe alle diese Angaben gemacht, weil ich verlange, daß mein Verfahren wieder aufgenommen wird. Ich bin nicht der Mörder Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts. Soweit ich in der Sache gehandelt habe, bin ich das Werkzeug der Offiziere im Edenhotel gewesen, die mit Befehlen und Drohungen auf mich eingewirkt haben. Der Haupttäter ist in Wirklichkeit der Leutnant Krull, nach ihm der Oberleutnant Vogel, außerdem der Kapitänleutnant v. Pflug-Hartung, v. Stiegen, v. Rittgen, Leutnant z. See Schulz und Liepmann. Ich möchte auch, daß die Berliner Arbeiterschaft von diesem Sachverhalt Kenntnis nimmt, den ich jederzeit zu beenden bereit bin.

Rohbach des Protokollführers: Runge hat diese gesamten Angaben vollkommen freiwillig und ohne jede Beeinflussung von unserer Seite gemacht, sie sind ihm vorgelesen und von ihm bestätigt worden. Organische Änderungen unsererseits sind nicht vorgenommen worden. Rutner. Franke.

# SUNLIGHT SEIFE

schont die Wäsche!

Mit Sunlicht Seife wäscht man leicht, weil sie nach besonderem Verfahren hergestellt ist. Sunlicht Seife



erspart Zeit!



erspart Geld!





